

DIE WELT, FÜR DIE UNSERE SCHULEN GEMACHT WORDEN SIND, EXISTIERT NICHT MEHR



Bild: Envato elements

... so beschreibt Prof. Dr. Gerald Hüther, einer der renommiertesten und bekanntesten Gehirnforscher Deutschlands, unser Schulsystem in einem seiner Bücher.

Das derzeitige Schulsystem weist erhebliche Mängel auf, die dringender Reformen bedürfen. Ein zentrales Problem ist die Fokussierung auf standardisierte Tests und Noten, die den Lernprozess stark einschränken. Diese Praxis fördert ein Auswendiglernen statt kritischen Denkens und individueller Kreativität. Schüler werden auf messbare Ergebnisse reduziert, wodurch ihre vielfältigen Talente und Bedürfnisse vernachlässigt werden. Zudem mangelt es an einer ausreichenden Förderung emotionaler und sozialer Kompetenzen, die für das Leben in der modernen Gesellschaft unerlässlich sind.

Die Lehrpläne sind oft veraltet und spiegeln nicht die aktuellen Anforderungen des Arbeitsmarktes wider. Es fehlt an Integration digitaler Medien und neuer Technologien, wodurch Schüler nicht angemessen auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet werden. Der Unterricht bleibt starr und theoretisch, anstatt praxisnahes und projektbasiertes Lernen zu fördern, das die Problemlösungskompetenzen stärken würde.

Den Lehrkräften kann man keinen Vorwurf machen. Sie sind häufig überlastet und schlecht ausgestattet. Die starre Struktur des Schulsystems lässt wenig Raum für individuelle Betreuung und Förderung. Die vielen Kinder mit Migrationshintergrund, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, stellen die Lehrer oft vor größte Herausforderungen. Es bedürfte einer grundlegenden Neuausrichtung hin zu einem Bildungssystem, das Flexibilität, wirkliche Integration, Kreativität und die ganzheitliche Entwicklung der Schüler in den Vordergrund stellt.

ALLE KRITIK JEDOCH BLEIBT WIRKUNGSLOS, SOLANGE SIE NICHT IN KONSTRUKTIVE UND PRAKTISCHE ANSÄTZE MÜNDET.

In einer Welt, die sich rasant verändert und zunehmend komplexer wird, ist es für unsere

Kinder wichtiger denn je, Fähigkeiten zu entwickeln, die über akademisches Wissen hinausgehen, ohne ständig zu Objekten von externen Erwartungen und Zielen gemacht zu werden. Das **PRO KID Projekt**, welches vom **powerbrain Institut für angewandte Mentalstrategie** entwickelt und bereits mit weit über 1500 Kindern erfolgreich durchgeführt wurde, bietet Grundschulen in einem Kurssystem eine ganzheitlichere Herangehensweise. Das ist zumindest ein kleiner Ansatz um Kinder kreativ zu fördern. Unterstützt von Prof. Dr. Gerald Hüther in enger Zusammenarbeit im Rahmen der Akademie für Potentialentfaltung und der Regionalakademie Bayern konzentriert sich dieses Projekt auf die Förderung von **spielerischem Lernen mit Bewegung und Spaß** zum Schaffen neuer synaptischer Verbindungen im Gehirn. Ebenso werden **Achtsamkeit, Selbstliebe, Respekt, Selbstvertrauen und Zusammenarbeit** mit kreativen Übungen spielerisch in der Praxis angewandt. Diese Initiative stellt die emotionale und soziale Entwicklung in den Mittelpunkt und zeigt, wie Schulen ihre Rolle als Lernorte neu definieren könnten.

LERNEN MIT LEIDENSCHAFT

Prof. Dr. Gerald Hüther hat in seiner Forschung immer wieder betont, dass das Gehirn am besten durch Begeisterung und Interesse lernt. Das PRO KID Projekt integriert diese Erkenntnis, indem es Aktivitäten fördert, die Kinder dazu anregen, sich neugierig und freudig mit neuen Themen auseinanderzusetzen. Dies geschieht durch **spielerische Lernansätze**, die nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch Kreativität und Problemlösungsfähigkeiten der Kinder stärken.

ACHTSAMKEIT: IM MOMENT PRÄSENT SEIN

Achtsamkeit ist ein zentrales Element des PROKID Projekts. In einer Zeit, in der Ablen-

kungen allgegenwärtig sind, hilft Achtsamkeit Kindern, sich zu konzentrieren und im Moment präsent zu sein. Das Projekt führt **Achtsamkeitsübungen** in den Schulalltag ein, die den Kindern helfen, ihre Emotionen zu regulieren und ihre Aufmerksamkeit gezielt zu lenken. Dies kann durch einfache Praktiken wie **Atemübungen, stille Momente** oder **geführte Meditationen** erfolgen.

Durch regelmäßige Achtsamkeitsübungen lernen die Kinder, ihre eigenen Gefühle und Gedanken besser zu verstehen und darauf zu reagieren. Dies stärkt ihre **emotionale Intelligenz** und hilft ihnen, mit Stresssituationen besser umzugehen.

SELBSTLIEBE: SICH SELBST AKZEPTIEREN

Ein gesundes Selbstwertgefühl ist essenziell für die Entwicklung jedes Kindes. PRO KID legt großen Wert auf die Förderung von **Selbstliebe** und **Selbstakzeptanz**. In einem Umfeld, das oft von Leistungsdruck, Bewertung und sozialen Vergleichen geprägt ist, lernen Kinder, ihre eigenen Stärken und Einzigartigkeiten zu erkennen und wertzuschätzen.

Durch **positive Selbstgespräche, Reflexion über persönliche Erfolge und gemeinsame Aktivitäten**, die das Selbstbewusstsein stärken, werden die Kinder ermutigt, sich selbst zu schätzen. Diese Herangehensweise hilft ihnen, **Resilienz** zu entwickeln und ihr Selbstvertrauen zu stärken.

RESPEKT: EINANDER WERTSCHÄTZEN

Respekt ist ein Grundpfeiler für ein harmonisches Miteinander. Im PRO KID Projekt lernen Kinder, **Respekt** vor sich selbst und anderen zu entwickeln. Dies wird durch gezielte **Gruppenaktivitäten** gefördert, bei denen die Kinder lernen, die Perspektiven und Bedürfnisse ihrer Mitschüler zu verstehen und zu respektieren.

Rollenspiele und **Diskussionsrunden** helfen ihnen, Empathie zu entwickeln und in verschiedenen sozialen Kontexten respektvoll zu

agieren. Diese Fähigkeiten sind nicht nur in der Schule, sondern auch im späteren Leben von unschätzbarem Wert.

SELBSTVERTRAUEN: EIGENE STÄRKEN ERKENNEN

Ein starkes Selbstvertrauen ist die Basis für erfolgreiches Lernen und eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung. Das PRO KID Projekt unterstützt Kinder dabei, Selbstvertrauen zu entwickeln, indem es ihnen die Möglichkeit gibt, Herausforderungen zu meistern, positive Erfahrungen zu sammeln und ihre kreativen Potentiale zu entwickeln.

ZUSAMMENARBEIT: GEMEINSAM STARK

Zusammenarbeit ist eine Schlüsselkompetenz in einer vernetzten Welt. Das PRO KID Projekt legt großen Wert auf **Teamarbeit** und **Kooperation**. Durch **Gruppenprojekte, Spiele** und **gemeinschaftliche Aufgaben** lernen die Kinder, effektiv zusammenzuarbeiten und die Stärken jedes Einzelnen zu nutzen.

FAZIT

Das powerbrain PRO KID-Projekt bietet eine innovative und umfassende Herangehensweise an die Bildung von Grundschulkindern. Mit der Unterstützung von Prof. Dr. Gerald Hüther integriert es moderne Erkenntnisse der Gehirnforschung in den Schulalltag. Das Projekt schafft eine Umgebung, in der Kinder nicht nur akademisch, sondern auch emotional und sozial wachsen können; denn es fördert spielerisches Lernen, Achtsamkeit, Selbstliebe, Respekt, Selbstvertrauen und Zusammenarbeit.

Gastautor: *Sepp Spreitzer, Geschäftsführer/Inhaber der powerbrain GmbH – Institut für angewandte Mentalstrategien*

Zum Onlineartikel: <https://tinyurl.com/28jlouwu>



EDITORIAL ZUR ZWEITAUSGABE VON KLARTEXT OBERBAYERN

Es ist schon wieder soweit. Wir haben es geschafft, die zweite Ausgabe pünktlich zum Beginn der Bayerischen Sommerferien zu drucken. Genug Zeit also generationsübergreifend mal "was anderes" zu lesen.

Herzlichen Dank für die Unterstützung an alle Mitwirkenden, Autoren, Lektoren, Layouter, Drucker und Sonstige.

Wie wir alle sehen: die Zeiten werden nicht ruhiger, ganz im Gegenteil. Die Vogelgrippe er-

lebt ihre Auferstehung als Phönix aus der Reorte, unsere Regierung bastelt mit Hochdruck an so imposanten Gesetzen wie dem „Demokratieförderungsgesetz“ oder auch einem „Vermögensverschleierungsbekämpfungsgesetz“, um nur ein paar Highlights zu nennen.

Gerade noch haben wir es geschafft, eine Kurzbetrachtung vorab zum Thema „Kompact-Verbot“ (den Anfangsbuchstaben haben wir sicherheitshalber durch ein "K" ersetzt) zu bekommen, da bricht wie ein medialer Orkan in den sog. alternativen Medien die Nachricht von den völlig ungeschwärtzen und insbeson-

dere durch die Anlagen ergänzten RKI-Papern über uns herein. Im sonstigen Blätterwald der Medien: beredtes Schweigen und allenfalls ein vereinzelt zitterndes Pappelblättchen regt sich.

Mit umso größerer Spannung erwarten wir die Aufdeckung der wahren Abläufe hinter den Kulissen und die für die nächste Ausgabe angekündigten Beiträge verschiedener Autoren: Politiker, Wissenschaftler, Journalisten, Juristen und möglicherweise ja noch ein Tierarzt.

Spannend bleibt auch die Geschichte um Krieg und Frieden in Europa, insbesondere

auch mit Blick auf das schöne Ungarn und die aktuell politisch so aufgewühlten USA.

Was sagt der bayerische Philosoph? Früher war die Zukunft auch besser als heute.

In diesem Sinne: Lasst uns konstruktiv gemeinsam an einer Zukunftsverbesserung arbeiten. Mit Wissen fängt das an.

Ihre Regionalredaktion von **KLARTEXT Oberbayern**

Lesen Sie online: <https://tinyurl.com/26lqzt3t>



MANIPULATION UND PROPAGANDA

Ich weiß etwas,
was Du nicht wissen sollst.

Es gibt seit es Zivilisationen gibt: die Manipulation der Menschen durch die herrschenden Schichten für den Erhalt deren Herrschaft.

Nur eine Gesellschaft, die überwiegend eine Meinung vertritt beziehungsweise einem Narrativ folgt, ist eine Gesellschaft, welche gesteuert und strategisch benutzt werden kann.

Da sie aber aus Individuen besteht mit unterschiedlichen Erfahrungen und Lebensbedingungen, mit unterschiedlichem Ausbildungsgrad und sozialen Umfeld bedarf es eines Hilfsmittels, welches diese Unterschiede soweit wie möglich aufhebt und nivelliert.

„Panem et circenses“ war im alten Rom der Wahlspruch: füttere die Menschen mit Brot (panem) und emotionalem Zusammengehörigkeitsgefühl (circenses).

Wir alle kennen den Effekt solcher „Veranstaltungen“ z.B. in Form der gerade beendeten Fußball-Europameisterschaft. Land auf Land ab ein Wunsch, eine Begeisterung, ein Ziel – Zusammengehörigkeit eben.

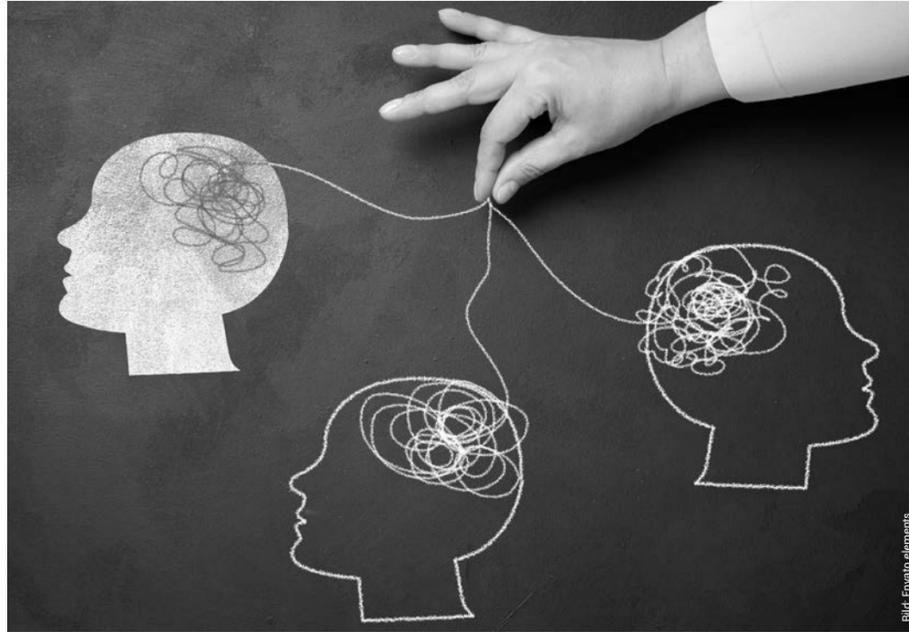
Was aber, wenn es nicht um ein Fußballmatch geht, sondern um weit kompliziertere Themen wie Krankheit gegen Gesundheit, Armut gegen Reichtum, Verzicht gegen Überfluss oder Krieg gegen Frieden.

In dem Moment bedarf es eines wirkungsvolleren Instrumentariums als nur der Spielbegeisterung mit Zusammenhaltgefühl gepaart.

Und genau da kommen zwei Werkzeuge zum Einsatz, welche sich wechselseitig ergänzen und auch bedingen.

Auf der einen Seite kommt nun die **Propaganda** zur Anwendung, die ständig wiederkehrende sich ständig wiederholende „Beschallung“ des Menschen mit einer bestimmten Botschaft oder Nachricht, bis sich dieser so Beschallte der ständigen Wiederholung nicht mehr entziehen kann.

Auf der anderen Seite bedarf es, sozusagen als flankierende Schutzmaßnahme der **Zensur**.



Sie verhindert, dass die monotone „Beschallung“ von Missklängen unterbrochen wird, die zu unerwünschten Nebenwirkungen führen könnten. So sollte eigenständiges Denken, kritisches Hinterfragen oder gar Einfordern eines öffentlichen Diskurses über unterschiedliche Meinungen und Ansichten unbedingt vermieden werden.

In der Umsetzung unterscheiden sich die beiden Werkzeuge Propaganda und Zensur sowohl in ihrer Entstehung wie auch in ihrer Durchsetzung elementar.

Die **Propaganda** bedient sich der Medien als Lautsprecher der Beschallung. Sie ist damit eine TATSÄCHLICHE Einflussnahme auf das Denken und die Meinungsbildung.

Ein klassisches Beispiel hierfür ist die Initiative TNI (Trusted News Initiative/ Initiative für vertrauenswürdige Nachrichten). 2019 wurde sie - rechtzeitig vor Corona – aus der Taufe gehoben mit dem Ziel, für die Menschheit zu sorgen, in-

dem nur die sog. wahren und richtigen Informationen verbreitet werden.

Engagierte Beteiligte sind Fernseh- und Rundfunkanstalten, Zeitungsverlage, Nachrichtenagenturen wie dpa, Reuters, Bloomberg und andere, socialMedia-Unternehmen wie Facebook, Instagram, TikTok etc. sowie Geldgeber wie die Bill & Melinda Gates Stiftung.

Hier wird die Manipulation der Menschen und Gesellschaften betrieben durch genaue Auswahl, was diese zu hören oder lesen bekommen sollen, wobei „Zensur“ nur in Form einer vorgetauscht moralischen Selbstverpflichtung zur Wahrheit existiert.

Um den Erfolg dieser Propaganda sicher zu stellen, übernimmt dann der Staat als Legislative (Gesetzgeber) und Executive (Behörden und Polizei) die Verantwortung.

Dieser Part der Manipulation, die **Zensur**, ist mithin nicht Aufgabe oder Betätigungsfeld der „Meinungsindustrie“, sondern flankierende

Maßnahme des Gesetzgebers.

Neben diversen Verschärfungen im allgemeinen Strafrecht wird dieser Teil der Meinungsgleichschaltung übernommen von Regelungen wie dem DSA (digital service act/digitaler Service Akt). Mit ihm werden Medien mit existenzbedrohenden Sanktionen zum Schweigen gebracht. Oder das Demokratieförderungsgesetz (aktuell wegen verfassungsrechtlicher Bedenken in Überarbeitung) und ähnliche Rechtsvorschriften, in Deutschland und der EU (und anderen Orten).

Komplettiert wird dieses System der Meinungsgleichschaltung von Regularien zur „Förderung der Selbstkontrolle“ der Bevölkerung, auch als Denunziantentum bezeichnet.

Der Autor ist weder Soziologe noch Psychologe oder wissenschaftlich ausgebildet im Themenbereich Medien, Propaganda oder Manipulation. Aber alleine schon das aufmerksame Verfolgen diverser Aktivitäten, deren Akteure und der Flut begleitender Gesetzesvorhaben legt diese Betrachtungsweise nahe. Wie sonst wäre erklärbar, dass eine ganze Nation, die vor wenigen Jahren noch positiv wahrgenommen wurde, zum hässlichen Angstgegner mutiert. Daher bleibt unserem friedliebenden Staat als Mitglied der christlichen Wertegemeinschaft keine Alternative; sie muss kriegstüchtig statt friedfertig sein.

Es ist höchste Zeit, diese Mechanismen der Gleichschaltung der Bevölkerung nicht nur zu erfassen und aufzudecken, sondern auch friedfertig mit beiden Beinen auf dem Grundgesetz stehend zu bekämpfen.

**Meinungsvielfalt gegen
Informationseinfügigkeit heißt die Devise.**

Autor: Stefan Kohwagner

zum Online-Artikel: 
<https://tinyurl.com/2dlb9ble>

ÜBER REGIONALE SELBSTERMÄCHTIGUNG ZU WIRKLICHER DEMOKRATIE Teil 1 Analyse

Der Begriff **„Demokratie“** ist aus dem Griechischen abgeleitet und bedeutet Volksherrschaft. Griechisch **„demos“** bedeutet **„Volk“** und griechisch **„kratein“** **„herrschen“**, zu Griechisch **„kratos“** **„Kraft, Macht, Gewalt“**. Demokratie bezeichnet also einen gesellschaftlichen Zustand, in dem das Volk herrscht. Aus der ursprünglichen Wortbedeutung schwingt bei der Herrschaft auch der Aspekt der Macht und Gewalt mit. Nach dem Verständnis des Soziologen Max Weber setzt Herrschaft im Gegensatz zur „Macht“ Legitimität voraus, die erst durch die Akzeptanz der Herrschenden durch die Beherrschten sichergestellt wird (Legitimitätsglauben). In jedem Falle bildet eine Herrschaft, oder institutionalisiert ein Herrschaftssystem, eine Machthierarchie ab, in der es Herrschende und Beherrschte gibt, die den Herrschenden gehorchen müssen. Die Frage ist, ob und inwieweit und inwiefern das Volk bestimmen kann, wie sich die gesellschaftlichen Verhältnisse entwickeln.

Als Königsweg der Volksherrschaft wird uns heutzutage die (repräsentative) Demokratie verkauft. Dabei werden die Mittel mit dem Zustand verwechselt. Das, was unter repräsentativer Demokratie landläufig verstanden wird, nämlich durch Wahlen erzeugte Mehrheitsverhältnisse in Parlamenten, ist nicht per se der zu erreichende Zustand der Volksherrschaft, sondern ein vorgeschlagener Weg, wie diese erreicht werden soll, also ein Mittel dazu. Es ist wichtig, diesen kategorialen Unterschied zwischen dem Zustand der Volksherrschaft und den möglichen Mitteln, diesen Zustand zu erreichen, zu verstehen.

Wenn man das verstanden hat, dann kann man prüfen ob

1. die in einer (repräsentativen) Demokratie vorgeschlagenen Mittel (Wahlen von Re-

präsentanten) prinzipiell geeignet sowie praktisch hinreichend sind, und

2. es andere Mittel gibt, um einen Zustand der „Volksherrschaft“ zu realisieren. Die Mittel einer repräsentativen Demokratie sind auch systemisch ungeeignet, um Volksherrschaft sicherzustellen. Hierzu einige Kritikpunkte:

In der Realität existiert das System einer (repräsentativen) Demokratie nicht in einem Zustand homogener Machtverteilung, sondern wird von bereits vorhandenen Machtstrukturen geprägt und für den Machterhalt dieser Strukturen benutzt. Es ist eher so, dass die (repräsentative) Demokratie ein sehr bequemes und effektives Mittel zur Zementierung tradierter bzw. tatsächlicher Machtstrukturen ist, weil es dem Volk den Anschein von Mitsprache und den

Machtstrukturen den Anschein von Legitimität verleiht (vgl. o.g. Definition von Weber). Die eingebauten, systemischen Mängel erlauben es den wirklichen Machthabern, ihr Legitimierungskonstrukt „(repräsentative) Demokratie“ nach Belieben zu steuern. Hierzu gehören Maßnahmen der Erziehung, der Meinungsmache (Systemmedien) und des gesellschaftlichen, zunehmend auch institutionellen Drucks (Polizei, Gericht, Zensur), um im Endeffekt Wahlentscheidungen vorherbestimmbar zu machen. Dazu gehören auch Maßnahmen der Auswahl und Beeinflussung (Korruption, Zwang) der dann gewählten Repräsentanten, welche in der Realität die Interessen der Ziehherren und nicht der Wähler vertreten, vgl. hierzu auch das **„Young Global Leaders“** Programm.

Hierzu werden die folgenden (eingebauten) systemischen Konstruktionsfehler benutzt:

- a. Bei Mehrheitsentscheidungen bleibt die Meinung der Minderheit(en) vollständig unberücksichtigt. Das bedeutet, dass wenn, immer nur ein Teil des Volkes bestimmt.
- b. Im Zeitraum zwischen den Wahlen hat das Volk kaum Möglichkeiten, seinen Willen kundzutun und auch durchzusetzen.
- c. Das System der Repräsentation bei einer repräsentativen Demokratie gibt keine Garantie, dass die vom Repräsentanten getroffenen Entscheidungen um Sinne ihrer Wähler sind. Dazu gehören Haftungsausschluss, Straffreiheit und finanzielle Unabhängigkeit der Repräsentanten
- d. Das Parteiensystem kanalisiert die Meinungsvielfalt auf ein kleines Spektrum herrschaftskonformer Entscheidungsalternativen, die in das aktuelle Overton-Fenster passen.

Dies sind exemplarisch nur einige **„Webfehler“** im Mittel **„(repräsentative) Demokratie“**, das angeblich den Zustand einer Volksherrschaft umsetzen helfen soll. Hinzu kommt, dass die so hochgelobte **„Gewaltenteilung“** aktuell faktisch aufgehoben ist. Auch hier gilt, dass sich die **„Gewalten“** an den etablierten Machtstrukturen orientieren und deren Machterhalt dienen.

Insgesamt kann man begründet sagen, dass wir faktisch in einer Demokratiesimulation leben.

Gastautor: Günter von RSA
 („Rosenheim steht auf“)

zum Online-Artikel: 
<https://tinyurl.com/29u4q3p3>



WINDKRAFT VERTREIBT DEMOKRATIE



Bild: Adobe Firefly KI generiert

Am 14.12.2022 erfuhren die Bürger des Landkreises Altötting aus heiterem Himmel, dass bei ihnen „Deutschlands größter Onshore-Windpark“ im Staatsforst geplant sei. 40 Windräder mit einer Nabenhöhe von 199 Metern und einer Gesamthöhe von 287 Metern sollten es letztendlich werden.

Bereits am selben Tag (!) stimmte die Stadt Altötting über dieses Projekt ab, ohne weitergehende Informationen zum Projekt zu haben. Nach Altötting folgten sehr schnell die Abstimmungen in den weiteren betroffenen Gemeinden. Sieben Gemeinden stimmten für die Windräder, Kastl lehnte sie ab und Emmerting hat erst gar nicht abgestimmt. Innerhalb von nur zwei Monaten wurden die Abstimmungen durch die Gemeinderäte gepeitscht.

Man hatte es also sehr eilig. Man wollte Nägel mit Köpfen machen, bevor der Bürger merkt, was los ist. Demokratie würde da nur stören. Denn auch wenn Minister Aiwanger sagte „es gibt keinen Widerstand aus der Bevölkerung“, war klar, dass das das berühmte Pfeifen im Wald war. Der Widerstand kam unerwartet schnell! Bereits in der Sitzung in Altötting kündigte ein Stadtrat Widerstand an, weil er meinte, solche großen Projekte könne man nicht über die Köpfe der Bürger entscheiden.

Schon wenige Tage später wurde eine Telegrammgruppe gebildet, aus der dann rasch die Bürgerinitiative (BI) ‚Gegenwind Altötting‘ entstand. Diese war von Anfang an hochmotiviert, schrieb Emails und Briefe an Stadt- und Ge-

meinderäte, entwarf Flyer, Aufkleber, Plakate und Banner, erstellte eine Homepage, weitete sich auch auf Facebook aus und sammelte Unterschriften für mehrere Bürgerbegehren.

Da das den Plänen der Regierung gefährlich werden konnte, schoss man aus allen Rohren gegen die BI. Die Presse rückte sie wahrheitswidrig in AfD-Nähe, Referenten wurden diskreditiert und belegbare Argumente als Falschaussage verächtlich gemacht. Man tat alles, um Windkraft im Wald gutzureden.

Und schon damals wurden die Regeln gebrochen und nachträglich verändert. Denn in den Beschlussvorlagen der Stadt- und Gemeinderäte war festgelegt, dass ALLE beteiligten Gemeinden zustimmen müssten, um das Projekt weiter treiben zu können. Und obwohl aus Kastel ein NEIN kam und aus Emmerting kein JA erfolgte, wurde das Projekt dennoch angestoßen. Die Regeln gelten eben nicht, sobald sie lästig werden.

Man erzählte den Räten auch, die Abstimmungen seien im Prinzip gar nicht nötig, es sei nur ein Entgegenkommen der Bay. Staatsforsten. Auch das war eine glatte Lüge, denn die Zustimmung der Gemeinden war Voraussetzung und somit zwingend nötig. Die Presse griff das natürlich nicht auf und stürzte sich lieber auf die BI. Dilettantismus und fehlende Ernsthaftigkeit wurden ihr öffentlich vorgeworfen; die Initiatoren des Bürgerbegehrens hätten „nachweislich keine Sach- und Fachkenntnis“ zum „Ablauf der Bürgerbeteiligung“, konnte man in der Tageszeitung lesen.

Dennoch fuhr die BI beim ersten Bürgerentscheid in der Gemeinde Mehring mit 63% ein großartiges Ergebnis ein und konnte dort den Bau von 10 Anlagen verhindern.

Dass man dem Establishment damit einen schweren Stoß versetzte, wurde erst dann so richtig offensichtlich. Auf einmal wurde die BI zur Gefahr für die gesamte Energiewende in Bayern. Und plötzlich war Minister Aiwanger Dauergast im Landkreis, das Bayerische Fernsehen machte sogar eine Sendung „Jetzt red I“, die Betreiber-

firma Qair brachte Broschüren in Umlauf, Veranstaltungen wurden abgehalten, die Presse schoss weiterhin gegen die BI und sogar der BUND und der Landesbund Vogelschutz stellten sich auf die Seite der Windkraftbefürworter!

In der Gemeinde Markt wurde dann dieselbe Frage, die in Mehring zur Abstimmung kam, abgelehnt und durch ein vom Gemeinderat vorgeschlagenes Ratsbegehren ersetzt. Dessen Fragestellung war jedoch so gestaltet, dass eine Ablehnung vermutlich zu einem gesetzwidrigen Beschluss des Rates geführt hätte und vom Landratsamt gekippt worden wäre. Eine Möglichkeit, die Windkraftanlagen im Wald zu verhindern, bot dieses Ratsbegehren also nicht. Man streute den Bürgern Sand in die Augen.

Auch das Angebot einer gemeinsamen Info-Veranstaltung „auf Augenhöhe“ war ebenfalls nur Schall und Rauch. Einigte man sich anfangs noch auf eine öffentliche Podiumsdiskussion „zwei gegen zwei“ so war die Gewichtung letztendlich 8 gegen 1. Denn dem Vertreter der BI standen dann am Tag der Veranstaltung plötzlich u.a. Vertreter der Industrie, der Betreiberfirma Qair, der Bay. Staatsforsten, der Landrat, der Bürgermeister und Minister Aiwanger gegenüber. Und während der BI externe Experten als Redner verboten wurden, machte die Gegenseite fleißig Gebrauch davon. „Auf Augenhöhe“ sieht anders aus, meinte die BI, verlas ein Statement und verließ die Bühne.

Und weil die Bürgerinitiative erfolgreicher und damit gefährlicher als befürchtet ist und weitere Abstimmungen in Haiming und Neuötting ankündigte, musste man nun dringend handeln. Denn es könne ja nicht sein, dass der Bürger etwas zu sagen habe. Wo kämen wir denn da hin, wenn der Souverän entscheiden dürfe! Also muss man dem Bürger das Recht zur Mitbestimmung nehmen. Und genau das forderte Herr Aiwanger, also jener Minister, der auf einer Demo in Erding im Sommer noch ins Mikrofon rief „die schweigende Masse muss sich die Demokratie wieder zurückholen“!

Aiwanger kündigte inzwischen an, sich durch Bürgerinitiativen nicht mehr aufhalten zu lassen (!), und deshalb die sog. Kommunalklausel zu ändern. Diese findet sich in der Satzung der Bay. Staatsforsten und besagt, dass man bei Bauvorhaben die Zustimmung der entsprechenden Gemeinde braucht – was man durch Bürgerbegehren bisher verhindern konnte. Also muss die Klausel und damit die Meinung der Bürger weg.

In einer Pressemitteilung schrieb Aiwangers Ministerium am 3.5.2024 noch: *„Der Bürgerentscheid in Mehring hat uns gezeigt, dass wir zur Windkraft noch mehr informieren müssen... Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht nur gemeinsam mit den Bürgern.“*

Jetzt sind sowohl Informationen als auch das „gemeinsam“ nicht mehr wichtig.

Und das obwohl Aiwanger noch einen Tag vor Abschaffung der Kommunalklausel Ministerpräsident Söder davor warnte, Bürgerentscheide zu beschneiden. Er würde eine massive Beschneidung der Bürgerbeteiligung nicht mittragen, so Aiwanger.

Bereits einen Tag später galten seine Aussagen schon nicht mehr und er machte buchstäblich das Gegenteil von dem, was er am Vortag noch sagte: Er nahm genau diese massive Beschneidung der Bürgerbeteiligung vor, indem er als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bay. Staatsforsten die Kommunalklausel kippte und Bürger deshalb zukünftig auch nicht mehr abstimmen können.

Eine schriftliche Anfrage der Bürgerinitiative bei Aiwangers Ministerium, welche Auswirkungen die Abschaffung der Kommunalklausel auf das Projekt in Altötting hat, blieb trotz Nachfrage bislang unbeantwortet.

Bürgerinitiative Gegenwind Altötting

Zum Online-Artikel:
<https://tinyurl.com/2bxzd899>



DAS ENDE DES „ENERGIEWENDE“-SCHWINDELS ...und die Situation der Stromversorgung in Bayern

„Die größte Gefahr der Moderne geht nicht von der Anziehungskraft nationalistischer und rassistischer Ideologien aus, sondern von dem Verlust an Wirklichkeit. Wenn der Widerstand durch Wirklichkeit fehlt, dann wird prinzipiell alles möglich.“ Hannah Arendt

„Manchen Völkern genügt eine Katastrophe, um sie zur Besinnung zu bringen. Bei den Deutschen, so scheint es, bedarf es des Untergangs.“ Arthur Moeller van den Bruck, 1876-1925, Kulturhistoriker

Völlig unbemerkt von der propagandaverstrahlten und sachkenntnislosen Öffentlichkeit vermeldete am 08. Juli 2024 die Energienachrichtenseite Montelnews, dass zwischen 2030 und 2038 in Deutschland bis zu 14 GW an Kohlekapazitäten (aktuell 30GW) am Markt bleiben müssen. Daraufhin forderte EnBW den Erhalt von sogar 20 GW Kohlekapazitäten, welche übrigens auch nicht reichen werden, da Deutschland eine Netzspitze von zuletzt 75 GW hatte (die Leistung im deutschen Netz schwankt zwischen 50 GW = Grundlast und 75 GW = Spitzenlast) und im Winter – wie immer – mit wochenlangender Dunkelflaute zu rechnen ist, bei der der sinnlose und das Stromnetz gefährdende Zitterstrom von Solar und Wind komplett ausfällt.

Bereits am 14. März 2024 warnte die ehemalige Bundesumweltministerin Reiche, jetzt Chefin der E.ON Tochter Westenergie, dass ein Kohleausstieg 2030 zu hunderten ganztägigen Abschaltungen führen würde. Ein schnellerer Kohleausstieg sei abhängig davon, wann wasserstofffähige Gaskraftwerke ans Netz gehen. Da es diese Mangels Wasserstoff und seiner chemisch-physikalischen Eigenschaften nicht gibt und weder technisch noch wirtschaftlich geben kann, ist der Kohleausstieg und damit ein wesentlichster Punkt, der sogenannten „Energiewende“, und damit diese selbst bereits gestorben

Wer nur etwas Ahnung von Kraftwerks- und Stromnetzbetrieb hat, weiß, dass dies faktisch der ganzjährige Zusammenbruch der Stromversorgung wäre, denn es ist unmöglich unter solchen Bedingungen die Netzstabilität aufrecht zu erhalten oder Großkraftwerke permanent an- und abzufahren oder einen kalkulierbaren Stromhandel durchzuführen. Bis 2045, also in 21 Jahren, sollte Deutschland nach der Wahndeckelung aller Blockparteien und nicht nur der

grünen Ökofaschisten, „klimaneutral“ sein, das heißt, keinerlei Energiequellen nutzen, bei deren Umwandlung Kohlendioxid ausgestoßen wird.

Kein Strom aus Kohle, Gas und Öl, keine Kernenergie, kein Diesel, Kerosin oder Benzin für den Verkehr, Heizen nur mit Strom und Wärmepumpen, wobei der Stromanteil hier nur etwa 15-20% des Primärenergieverbrauchs ausmacht. Bereits daran erkennt man, dass es sich bei der „Energiewende“ um reinen Wahnsinn oder bewussten Selbstmord handelt.

Ist eine „vollelektrische Gesellschaft“ durch „erneuerbare Energien“ möglich?

Die Energiewende, diese große Transformation wird in einer Salamitaktik auf allen Ebenen vorangetrieben, ohne dass der Bürger die erosiven Veränderungen versteht. Jean-Claude Juncker hat mit frappierender Offenheit den Prozess zur Übertölpelung der Bevölkerung beschrieben: *„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“*

Am 26. Juni 2024 kam es zum Offenbarungseid des Energiewendewahns der zeigte wie kaputt die Lage der deutschen Stromversorgung bereits jetzt ist: Aufgrund eines IT-Fehlers im Stromhandel entstand für die Marktteilnehmer der Eindruck das deutsche Stromnetz habe sich abgekoppelt und müsste isoliert vom Ausland versorgt werden.

Es zeigte sich, was Strom in Deutschland ohne Importe aus dem Ausland und mangels eigener Erzeugungskapazitäten kostet: Während die Megawattstunde (1000 Kilowattstunden) in Frankreich nicht einmal 3 Euro kostete, waren es in Deutschland fast 500 Euro – etwa 166 Mal so hoch.

Der Grund: Wegen eines technischen Fehlers an Europas größter Strombörse „epexspot“ war der Strom-Handel zwischen den Ländern nicht möglich, alle Länder waren also mit ihrer Strom-Produktion auf sich alleine gestellt.

Deutsche Strom-Händler konnten also keinen günstigeren Strom aus dem Ausland einkaufen, was dazu führte, dass schnell deutsche Koh-

le- und Gas-Kraftwerke hochgefahren werden mussten, um 7 Gigawatt fehlenden Strom zu erzeugen – was den Preis hat explodieren lassen.

„Dass Deutschland ein Kapazitätsproblem hat, ist allen im Stromhandel-Segment klar, aber wie stark sich das auswirken kann, hätten selbst unsere erfahrensten Analysten überrascht“, sagte der Geschäftsführer eines großen europäischen Stromhändlers. Und weiter: *„Der gestrige Tag, der aus Sicht von Wind und Sonne ein ganz normaler war, ist ein eindeutiger Hinweis darauf, was in Deutschland bei der Energiewende alles falsch läuft.“*

Wie ist nun die Lage im ehemaligen hochindustrialisierten Kernenergie- und Wasserkraftland Bayern?

Bayern hatte noch 2019 eine Stromverbrauchsspitze von 12.700 MW und einen Bruttostromverbrauch von ca. 90 Milliarden kWh.

70% des grundlastfähigen und steuerbaren Stroms kamen bis 2011 aus den 5 Bayerischen Kernkraftwerken, 20% aus den Wasserkraftwerken, große Kohlekraftwerke gibt es in Bayern nur 2, nämlich Zolling bei Freising mit 500 MW brutto und das Heizkraftwerk Nord München mit 375 MW.

Mit Stilllegung der bayer. Kernkraftwerke Isar 1, Isar 2, Grundremmingen B+C, Grafenrheinfeld, verschwanden 5.100 MW ersatzlos.

Dazu kommen 2.644 MW Wasserkraftstrom, davon 20% aus den so heftig wie unsachlich und dumm kritisierten Kleinkraftwerken. plus ca. 1.000 MW Steinkohlestrom, diese Kraftwerke sind nur Teillast- oder Mittellastkraftwerke für die kalte Jahreszeit. 70% des bayerischen Stromverbrauchs mit über 99% Jahresstunden-Verfügbarkeit wurden ersatzlos vernichtet!!! Das sind oder waren dann insgesamt 94 % der regelbaren Stromerzeugung Bayerns.

Die Jahreshöchstlast kann im ehemaligen Stromexportland Bayern schon seit spätestens 2015 nicht mehr selbst erzeugt werden, 2023 existiert nur noch rein rechnerisch 27% grundlastfähige und steuerbare Stromerzeugung. Zusätzlich befinden sich die Übertragungsnetze jetzt bereits an der Grenze der Belastungsfähigkeit!

Heuer werden es dann im Winter bereits bis 70 % sein, die importiert werden müssen, dafür gibt

es dauerhaft weder im Ausland die Kapazitäten noch die übertragungsfähigen Leitungen und Transformatoren, von den technischen Problemen des Blindstroms etc. einmal ganz abgesehen.

Erst am 30.04.2023 schlug Wirtschaftsminister Aiwanger plötzlich Alarm, die bayerische Stromversorgung sei in akuter Gefahr!

Er erklärte, dass die Meinung der Bundesregierung abwegig sei, Bayern, das früher massiv Strom nach Österreich exportierte, könne jetzt von Österreich dauerhaft die fehlenden Kapazitäten ersetzt bekommen. Österreich ist dazu weder in der Lage noch Willens. Der gleiche Aiwanger wollte vor kurzem noch die 5 bayrischen Kernkraftwerke durch 300 Windräder ersetzen, welch Unfug ...

Der deutsche Brutto-Jahresverbrauch liegt bei jetzt nur 517 Mrd kWh, wovon nur noch 449 Mrd. kWh in Deutschland erzeugt wurden! 68 Mrd. kWh müssen also bereits permanent importiert werden!

Der Brutto-Jahresverbrauch war 2007 noch bei 624 Mrd. kWh und zeigt wie die deutsche Wirtschaft seit der Eurokrise 2008 und dem Energiewendewahnsinn real geschrumpft und verarmt ist. Der Rückgang um 107 Mrd. kWh entspricht ca. 132% des Stromverbrauchs des Hochindustrielandes Bayern mit 81 Mrd. kWh!

Es ist also wirtschaftlich ein Bundesland größer wie Bayern verschwunden! Jetzt hängt alles an der Kohle. Wer bis 2027 nicht abgestellt hat bekommt keine Kompensation mehr, also wird ein Anreiz zur Abstellung statt zur dringend notwendigen Erzeugung gesetzt! Alles auf Kosten der Verbraucher, von Handwerk und Industrie.

Wir alle wollen das wohl so, oder wir wissen es nicht weil wir es nicht wissen sollen!

Gastautor: Markus Engelsberger, Energiewirtschafts Kaufmann und Rechtsanwalt, Kraftwerksbetreiber (von 2006-2016 alleinstimmberechtigter Vertreter der Energiewirtschaft in der Vollversammlung der IHK München-Oberbayern)

Ann. d. Red.: Zum Onlineartikel inkl. Quellen und Hinweisen:
<https://tinyurl.com/226rqjum>



DIE DUNKLEN SEITEN DER WHO (2)

DIE WELTGESUNDHEITSORGANISATION ALS WERKZEUG GLOBALER MÄCHTE

Zunächst will ich an bedeutende Tatsachen erinnern: 1909 wurde durch die Runde-Tisch-Bewegung des Royal Institute of International Affairs (RIIA) das Konzept des British Empire (5 Kontinente) und ab 1921 durch den Council on Foreign Relations (CFR) der USA für eine zentrale Welt-Regierung entwickelt. Auf der Konferenz in Teheran 1943 einigten sich dann Roosevelt, Stalin und Churchill auf UNO-Prinzipien wie Frieden, Sicherheit, Weltbank, Weltregierung etc. Diese bestimmenden Kreise im Hintergrund haben 1945 bei der Gründung der UNO und mächtiger Unterorganisationen wie der WHO (1948) als Ziel und Zweck die Schaffung einer zentralen globalen Regierung auf der Basis dieser Organisationsstrukturen genau geplant. Dies erklärte der erste von den Gründungsmitgliedern der WHO gewählte Generaldirektor (1948-1953), der kanadische Kinderpsychiater und Marxist Dr. Brock Chisholm so: „Um eine Weltregierung herbeizuführen, ist es notwendig, aus den Köpfen der Menschen ihren Individualismus, die Loyalität zu Familientraditionen, den nationalen Patriotismus und religiöse Dogmen zu entfernen.“

Mit welcher Beharrlichkeit dieses Ziel seither von den „Eliten“ unseres Globus unter tätiger Hilfe politischer Altparteien in den Nationen verfolgt wird, ist inzwischen für jedermann aus folgenden Maßnahmen beispielhaft ersichtlich:

- die zunehmende Missachtung der im deutschen Grundgesetz verbrieften elementaren Grundrechte der Bürger durch die Ampelregierung,
- die zunehmende Abgabe von nationalen Gesetzgebungskompetenzen an supranationale Machtstrukturen (EU-Apparat in Brüssel mit einer durch Mausehelei eingeschleusten Kommissionspräsidentin von der Leyen) einschließlich des zunehmenden Verlusts von nationaler Souveränität,

- die zunehmende Unterwerfung unter die „verbindlichen Empfehlungen“ (von unseren Politikern als Anordnungen akzeptiert) der macht- und industriegesteuerten WHO unter Missachtung jeglicher eigener nationaler Fachkompetenz, wie die Bevölkerung in der BRD im Falle von Corona leidvoll erfahren musste.

Drei Wochen bevor die Schweinegrippe 2009 zur Pandemie erklärt wird, trafen sich in der WHO-Zentrale 30 hochrangige Vertreter von Pharmakonzernen mit der damaligen chinesischen WHO-Chefin Chan und dem UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon. Für die Impfstoff-Industrie war zu dieser Zeit im Hinblick auf den Verkauf von Medikamenten die Schlüsselfrage: Ruft die WHO die Pandemie aus? Am 11. Juni 2009 erklärt die WHO die Schweinegrippe zur Pandemie. Als die von der WHO ausgerufene Pandemie dann ausblieb, mussten die verkauften Medikamente vernichtet werden. Allein die Bundesregierung musste eingelagerten Impfstoff im Wert von 450 Millionen Euro entsorgen.

Bis 2009 definierte die WHO eine Pandemie noch mit „einer enormen Anzahl von Todes- und Krankheitsfällen“ einer Infektionskrankheit. Als sich herausstellte, dass die Schweinegrippe höchst harmlos verlief, verschwand dieser Passus ohne jegliche wissenschaftlich-medizinische Begründung. Seither genügt es, dass sich ein als neu erklärter Erreger rasch in mindestens zwei der 6 globalen WHO-Regionen ausbreitet, um eine Pandemie auszurufen. In der aktuellen, neuen Definition geht es nur mehr um eine große Zahl von Krankheitsfällen, die Zahl der Todesfälle ist nun für die Bezeichnung „Pandemie“ ohne Bedeutung. Dazu kommt, dass ein positiver PCR-Test wegen fehlender Spezifität kein Beleg einer Infektion oder Erkrankung ist. Denn ein Krankheitsfall kann nur beim Vorliegen echter,

von einem Arzt ermittelter Krankheitssymptome festgestellt werden.



WHO, Weltbank und andere UN-Organisationen erklärten in einem internen Strategiepapier von 1993 die Dringlichkeit der Forschung zu neuen Methoden zur Steuerung der Fruchtbarkeit bei Mann und Frau und die Verwendbarkeit und Nützlichkeit von Impfstoffen für die Steuerung der Fruchtbarkeit. Hintergrund ist eine Planung, die Weltbevölkerung auf unter 500.000.000 in fortwährendem Gleichgewicht mit der Natur durch „weise“ Lenkung der Fortpflanzung zu bringen.

Die WHO hat 2014 in Kenia ein Impfprogramm gegen Tetanus für 2,3 Millionen Personen zum angeblich vorbeugenden Schutz eingeleitet. Die einheimischen Ärzte fanden es merkwürdig, dass nur Mädchen und Frauen im Alter 12-49 Jahre, aber keine Jungen und Männer geimpft werden sollten und die Impfungen nur von WHO/UNO-Leuten, aber nicht von einheimischen Ärzten durchgeführt werden durften. Externe Über-

prüfungen ergaben, dass dem Tetanusimpfstoff heimlich der Stoff hCG zugemischt war, um Mädchen und Frauen dauerhaft unfruchtbar zu machen. Über 1 Million hatte man bereits geimpft.

Im Rahmen eines WHO-Projekts wurde 2009/2010 in Indien eine Versuchsreihe der Impfung gegen das Human Papilloma Virus, finanziert durch die Bill&Melinda-Gates-Stiftung, an Kindern in Armut-Regionen durchgeführt, ohne Zustimmung und vorherige Information der Eltern. Wegen zahlreicher Todesfälle und schwerer Nebenwirkungen ermittelte das Oberste Gericht in Indien weiterhin gegen die Gates-Stiftung.

Bill Gates betreibt als ein Hauptfinanzier der WHO und als Kern seiner Geschäftstätigkeit alle Formen von Impfungen. Als Redner auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2017 erklärte er dem elitären Publikum: „Eines ist nahezu sicher: eine hochgradig tödliche Pandemie wird noch zu unseren Lebzeiten auftreten. . . Wir müssen uns auf Epidemien so vorbereiten, wie das Militär auf einen Krieg!“

Angesichts solcher Fakten zur WHO hoffen viele Weltbürger, dass infolge der massiv zunehmenden Kritik korrigierende Maßnahmen und Kontrollen die WHO treffen. Aber das Gegenteil ist der Fall: es ist bereits erwiesen, dass die WHO durch Pharmakonzerne, Stiftungen und andere Sponsoren riesige Bedrohungs- wie auch Verschleierungs- und Werbe-Kampagnen fährt, mit denen global die Staatsregierungen dazu gedrängt werden, durch befohlene Medikamenten- und Impfstoff-Verschreibungen ungeheure Pharmagewinne zu generieren.

Autor: Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund Lengfelder

Zum Online-Artikel: <https://tinyurl.com/2afangl5>



STAATLICHE VORGABEN VERURSACHEN DIE PROBLEME FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

Aktuell sieht sich die Landwirtschaft in Deutschland mit der Forderung nach Verringerung des chemischen Pflanzenschutzzeinsatzes bis 50 %, der Düngeverordnung sowie mit einer unerfüllbaren Überbürokratisierung zu Lasten der Bauern konfrontiert.

Laut der Düngeverordnung soll das Grundwasser besser vor Nitrat und das Klima vor Ammoniakgasungen geschützt werden. Nur funktionieren die staatlichen Vorgaben in der Praxis nicht, da die Gesetzmäßigkeiten der Natur ignoriert werden.

Die Landwirtschaft hat über Jahrzehnte die Vorgaben durch Politik, Behörden, Forschungsanstalten, Wissenschaft und Ausbildung umgesetzt. Heute steht sie trotzdem massiv in der Kritik.

Statt sich auf sinnvolle Maßnahmen zu konzentrieren, welche die EU in Form eines bunten Blumenstraußes empfiehlt, wählt sich die Bundesregierung daraus für ihre eigenen Landwirte die schärfsten aus. NGO's und Vertreter des Green Deal beeinflussen und befürworten zusätzlich praxisfremde Auflagen.

Welche Lösungswege gibt es?

1. Der Boden ist laut Bayerischer Verfassung zu schützen. Durch regenerative Landwirtschaft kann Humus aufgebaut werden. Gelehrt wird, im Ackerbau darauf zu achten, dass CO2 bei der Bodenbearbeitung kaum ausgaset. In Bodenkursen haben sich Landwirte geschult, damit Bodenfruchtbarkeit, Beschaffenheit, Struktur, Nährstoffe, Calcium-Magnesiumverhältnis und Spurenelemente im richtigen Verhältnis zueinander stehen. Dadurch wird erreicht, dass stabile Erträge durch Förderung der Wasserhaltefähigkeit und -abgabe sogar mit weniger Stickstoffeinsatz erreicht werden können. Dies führt zu gesünderen Pflanzen, die eine bessere Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit bewirken.

In Schulungen wie z.B. der „Interessengemeinschaft gesunder Boden“ werden diese Erkenntnisse vertieft vermittelt, wodurch Landwirte die geforderten Ziele der Bevölkerung leichter umsetzen können.

2. Die erhöhten Nitratwerte im Grundwasser sollen abgesenkt werden. Durch zu hohen Stickstoffeinsatz treten vermehrt Pflanzenkrankheiten auf, die



wiederum mit chemischen Spritzmitteln bekämpft werden müssen. Der Profit fließt vom Bauernhof weg und stärkt die Dünge- und Pflanzenschutzmittelindustrie.

Es gibt wissenschaftliche und praktische Hinweise, dass 40 % weniger Stickstoffeinsatz lediglich 10% weniger Ertrag bringt, die Pflanzenkrankheiten abnehmen, somit vor allem im konventionellen Landbau weniger Spritzmitteleinsätze notwendig wären. So könnte das Grundwasser besser vor Nitrat- und Pflanzenschutzmitteln geschützt werden. Dies ist jedoch nicht im Sinne der Agrarindustrie, die am Verkauf interessiert ist.

Hohe Erträge und weniger Pflanzenkrankheiten sind durch den Einsatz von Spurenelementen und Mineralien möglich. Ebenso wird mit mechanischen Maßnahmen weniger Chemieeinsatz erreicht. Interessanterweise führt eine um 30% reduzierte Kunstdüngergabe, trotzdem zum gleichen Ertrag. Langzeitversuche in der bayrischen Landesanstalt belegen, dass wesentlich höhere Nitratwerte durch Kunstdünger entstehen. Auf Grünland zeigte Gülle einen wesentlich geringeren Nitratverlust ins Grundwasser.

So gab es einen hochinteressanten Versuch, bei

dem Weidegras in Töpfen angesät und die Auswaschung von Stickstoff bei Kunstdünger und Gülle verglichen wurde. Der Kunstdünger ergab eine 1000fach höhere Nitratwaschung gegenüber der Gülledüngung! Die Praxis zeigt ähnliche Ergebnisse. Diese Ergebnisse wurden nie veröffentlicht, (nur vom Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen gezeigt). So wird der Bürger bewusst in Unkenntnis gehalten.

Berichterstattungen zeigen den Bürgern das Bild vom Güllefass, um ein ekelhaftes Szenario zu schaffen, anstatt den wirklichen Verursacher – ein chemisch-synthetisches Kunstprodukt – als Ursache des Nitratproblems zu benennen.

3. Es gibt heute verschiedene Möglichkeiten, den Gestank der Gülle biologisch zu behandeln. So kann man „Effektive Mikroorganismen“ oder Steinmehl bzw. Pflanzenkohle hinzufügen. Es werden dadurch negative Begleiterscheinungen der Gülle neutralisiert: Der Ammoniakgehalt sinkt, der Geruch verbessert sich, die Pflanzen- und Bodenverträglichkeit nimmt zu. Erstaunlicherweise werden diese in der Praxis belegten Erkenntnisse von staatlichen Einrichtungen in Deutschland

nicht anerkannt, obwohl die Vereinten Nationen die Kompostierung von Mist und Gülle als eine mögliche Lösung ansehen.

4. Für die Bürger bedeutet eine bodennahe und streifenförmige Gülleausbringung geringere Geruchsbelastung. Die Gülleassgespanne werden jedoch größer, wirken bedrohlich und verursachen erhöhte Bodenverdichtungen. Auch werden bei Niederschlag 50 % zusätzlich mehr Ammoniakgas frei als bei Breitverteilung.

Die streifenförmige Gülleausbringung ist auf Grünland ab 2025 vorgeschrieben. Sie bringt derzeit viele Bauern auf die Barrikaden, da Güllestreifen mit dem Futter hochwachsen können und dadurch Güllereste im Futter landen. Die Bakterienbelastung kann dadurch in Futter und Milch erhöht sein. Die Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit kann gefährdet sein. Viele Landwirte bevorzugen daher die praxiserprobte und bewährte Breitverteilung der Gülle.

5. Wer Klimaschutz ernst nimmt, braucht den Dung der Rinder. Um die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten und zu fördern, ist Humuserhalt – aufbau erstes Gebot. Seit Jahrtausenden wurde dieses Ziel mit dem Dung von Tieren erreicht und das ist auch heute noch die beste Lösung.

FAZIT: Solange die staatlichen Instanzen sich nicht den realen Erkenntnissen, Erfahrungen und auch wissenschaftlichen Studien stellen, wird sich die Situation für die Landwirte eher noch verschärfen. Flächenstilllegungen und Ackerrandabstände zu fordern, hilft nicht. Weitere Reduzierungen, die sich möglicherweise auf den Viehbestand beziehen, sind im Hintergrund schon zu hören... Welche Absichten stecken dahinter?

Aber: Landwirtschaft ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung.

Die Vorgaben staatlicher Instanzen sind nicht die Lösung, sondern das Problem.

Gastautor: Hans Spitzl, Biobauer, Grafting

Zum Online-Artikel: <https://tinyurl.com/292s84po>



WIE DIE POLITIK DEN TRANS-KULT ANHEIZT



Sie sind überzeugt davon, „im falschen Körper“ zu stecken und sehnen ihre Geschlechtsumwandlung herbei. Immer mehr Mädchen stürmen mit der Selbstdiagnose „ich bin trans“ die Gender-Kliniken. Sie lassen sich die Brüste amputieren und werden ihr Leben lang abhängig von Testosteron sein. Von einem „Transgender-Hype“ berichten Ärzte. Die Wartelisten sind voll. Etwa 75 bis 90 Prozent der Patienten sind Mädchen in der Pubertät. Die meisten leiden unter psychischen Vorerkrankungen. Statistiken gibt es kaum. Das Deutsche Ärzteblatt veröffentlichte eine Studie zu kassenärztlichen Abrechnungsdaten. Zwischen 2012 und 2022 gab es einen Anstieg von 680 Prozent bei den Transgender-Behandlungen von Patienten im Alter von fünf bis 24 Jahren.

Plötzlich reden psychisch labile Mädchen, die vor ein paar Jahren eine Borderline-Symptomatik entwickelt hätten, wie bornierte Ideologen: „Mir wurde bei der Geburt das falsche Geschlecht zugewiesen. Ich identifiziere mich als trans.“ Neuer Name, neue Pronomen, neuer Look, neue Freunde. Von Schule zu Schule, landauf, landab, das gleiche Muster. Die Einflüsse aus der Trans-Community in den sozialen Medien sind offensichtlich.

Als „Rapid Onset Gender Dysphoria“, kurz: ROGD, und zu Deutsch: plötzlich einsetzende Geschlechtsdysphorie, bezeichnen Ärzte das Phänomen. Weltweit bilden sich Initiativen entsetzter Eltern, die nicht glauben wollen, dass ihre Töchter wie aus heiterem Himmel ihre „wahre Geschlechtsidentität“ als Junge für sich entdeckt hätten. Hormone und Skalpell, seien das Mittel der Wahl, um mit seelischen Problemen fertig und ein neuer, glücklicher Mensch zu werden.

Geschickt bedient der Trans-Kult den Selbst-

hass bindungsgestörter Kinder. Ganztagsbetreuung von Klein auf, Pornokonsum und instabile Familien sind traurige Normalität. Sexualisierung, Schönheitsideale, Anpassungsdruck und Mobbing unter den ganztags kollektivierten Kindern setzen vor allem pubertierende Mädchen so unter Druck, dass sie für die Transgender-Heilsbotschaft auf TikTok und Co besonders anfällig sind.

Die Trans-Lobby ist die neue Hausmacht im Regenbogen-Deutschland. Es gelingt ihr, Psychologen, Ärzte und Eltern mit juristischen und sozialen Drohkulissen so einzuschüchtern, dass viele den Transitionswünschen der Kinder zustimmen. Dahinter stehen große Organisationen mit finanziellem Interesse wie der Weltverband für Transgender Gesundheit (World Professional Association of Transgender Health, kurz WPATH). Seitdem dort Mitarbeiter interne Dokumente durchgestochen haben, ist belegt, wie ideologiegetrieben die WPATH agiert. Den Medizinern ist bewusst, dass ihre Patienten zu jung und zu instabil sind, um die Tragweite der irreversiblen Eingriffe zu verstehen. Sie verschweigen die schweren und manchmal auch tödlichen Nebenwirkungen, wissen, dass viele Teeanger ihre Transition später bitter bereuen und verstümmeln trotzdem ihre gesunden Körper.

Gezielt treibt die internationale Trans-Lobby Selbstbestimmungsgesetze wie jenes, das in Deutschland ab November rechtskräftig wird, politisch voran. Die wahnwitzige Ermöglichung des sozialen Geschlechtswechsels per Sprechakt auf dem Standesamt ist eine Machtdemonstration der Gender-Ideologie und eine Befuerung des Trans-Kults unter Jugendlichen. Schon ab 14 Jahren sollen sie ihren Willen durchsetzen, im Konfliktfall mit Hilfe von Familiengerichten. So entzweit der Gesetzgeber Familien und schafft das Er-

ziehungsrecht der Eltern ab. Unzähligen Protesten und Warnungen zum Trotz hatte das Durchboxen des Selbstbestimmungsgesetzes für die Ampel-Regierung und vor allem für die Grünen höchste Priorität.

Hat der rebellische Teenager seinen Geschlechtseintrag geändert, sind kritischen Ärzten juristisch die Hände gebunden. Kann sich Mia gegenüber ihrem Arzt als Tim ausweisen, hat der Staat die Diagnose vorweggenommen und der Arzt ist zum Erfüllungsgehilfen degradiert. Will er Mia eine Psychotherapie empfehlen und von der Trans-OP abraten, macht er sich strafbar. Mias Weg ist nun vorgezeichnet, denn die soziale Transition schafft auch in der Schule Tatsachen, wo Mia als Trans-Junge Tim für ihren „mutigen Schritt“ bewundert wird. Der Druck steigt, nun auch medizinische Maßnahmen folgen zu lassen. Junge Frauen, die ihre Trans-Phase bereuen und die Hormone abgesetzt haben, berichten, dass sich mit dem Sprechakt „ich bin trans“ ihre Identitätskrise verschärft habe und sie „aus der Nummer“ nicht mehr herausgekommen seien.

Mit vorher-nachher-Fotos warnen sie als „Detransitionierer“ vor den unabsehbaren Konsequenzen der Testosteronkur und einem Leben ohne Geschlechtsorgane. Sie schildern ihre Verstrickung in die fixe Idee, trans zu sein, wie sie Zweifel und Warnungen ausblendeten und bei trans-affirmativ behandelnden Therapeuten offene Türen einrannten. In Großbritannien haben Klagen von Detransitionierern dazu geführt, dass die Londoner Gender-Klinik Tavistock schließen musste.

Neueste medizinische Langzeit- und Überblicksstudien widersprechen dem ideologischen Kurs, Kinder und Jugendliche in ihren Trans-Selbstdiagnosen uneingeschränkt zu bestätigen. Immer mehr Länder verbieten Pubertätsblocker, gegengeschlechtliche Hormone und Trans-OPs für Minderjährige und empfehlen eine Rückkehr zur Psychotherapie. Hierzulande hat der Deutsche Ärztetag die Bundesregierung aufgefordert, die trans-affirmative Behandlung von unter 18-Jährigen zu stoppen. Damit stellen sich die Ärzte klar gegen eine geplante Behandlungsleitlinie für minderjährige Trans-Patienten, die sich an den Vorgaben aus dem Hause WPATH orientiert.

Eltern, die sich in zahlreichen Selbsthilfegruppen, wie „Parents of ROGD-Kids“ organisieren, fragen sich, warum sie ihre Kinder an diesen irren Kult verloren haben. Im Blick haben sie meist: Die ideologische Motivation der Trans-Lobby, die Verbreitung des Trans-Kults von den US-Promiwelten über TikTok bis in jede Dorfschule und die sozialen Stressfaktoren, unter denen vor allem Mädchen leiden. Doch das sind nachgelagerte Ursachen, oder vielmehr Auslöser, die auf eine psychische Disposition treffen. Die primäre Ursache liegt vor allem im emotional instabilen Setting vieler Familien und in den erworbenen Persönlichkeitsstörungen ihrer Kinder.

Fassungslos stellen Eltern fest, dass ihre Töchter ohne ihr Wissen in der Schule schon länger ihre Trans-Identität inszeniert hatten. Per WhatsApp oder Brief seien sie von ihren Töchtern irgendwann informiert worden, wie ihr neuer Name laute und dass alle alten Kinderfotos verschwinden sollen. Die emotionale Kluft und Sprachlosigkeit zwischen den Kindern und ihren Eltern ist offensichtlich. Wie Randfiguren ohne Zugang zu ihren Töchtern machen sie „das Internet“ als Schuldigen aus. Dort würden die verunsicherten Mädchen indoktriniert und für ihr trans Sein von einer „riesengroßen Familie geliebt und gefeiert“.

Unbewusst wollen Trans-Kinder nicht nur sich selbst sondern auch ihre Eltern verletzen. Sie lassen ihren Vornamen und fordern die Bestätigung ihrer Identität als Junge. Sie nehmen ihren Eltern die Tochter weg und drohen mit Selbstmord. Unter „typisch Pubertät“ und Abnabelung von zu Hause lässt sich das nicht subsumieren. Wie manipulierbar waren die Trans-Opfer? Wie nötig hatten sie die Anerkennung aus der Trans-Szene?

Manche Eltern wollen intuitiv etwas wieder gut machen. Sie begleiten ihre Tochter auf dem Weg durch die Transition und sagen wie Freunde zu allem „Ja, wenn es gut für dich ist.“ Sie sind eingeschüchtert und meinen es gut, aber ihre Tochter greift emotional ins Leere. Sie eskaliert autoaggressiv, dank Vorlage aus dem Internet in maximaler Entgrenzung – dem Sprengen der Geschlechtergrenzen. Wieder nur ein Achselzucken: „Wenn dich das glücklich macht, dann geh ich jetzt mit dir diesen Weg.“ Grenzenloses Verständnis statt elterliche Liebe, die Grenzen setzt. Der suizidale Hilferuf verhallt. Es bleiben Enttäuschung und eine Selbstverachtung, die eigentlich die Eltern meint: Was hätte ich tun müssen, um einmal das Gefühl zu haben, eure über alles geliebte Tochter zu sein? Ich will nicht mehr (euer) Mädchen sein.

Wer sein Kind schützen will, muss Verantwortung übernehmen. Im Zweifel heißt das: Aus der Schule nehmen, radikal offline setzen und für einen Tapetenwechsel sorgen. Eltern, die sich auf die Hinterbeine stellen, zeigen ihrem Kind: Ich liebe dich und kämpfe für dich bis zum Äußersten.

Die Internetseite *KeinMädchen.de* hilft betroffenen Jugendlichen, neue Denkweisen zu vermitteln und das Trans-Sein als modernen Kult zu durchschauen

Gastautor: Dr. Martin Voigt, Oberbayern, ist Publizist und Jugendforscher mit Schwerpunkt auf Identitätsentwicklung von Jugendlichen im Zusammenhang mit sozialen Medien.

Weiterführende Informationen unter <https://tinyurl.com/268t3tj>



DAS GEHIRN IM LICHT DES GRUNDGESETZES

Das, zumindest räumlich, oberste Organ des homo sapiens ist das Gehirn.

Vielfach wird die Behauptung aufgestellt, genau dieses sei es auch, was den Menschen dem Rest der Schöpfung überlegen mache.

Derzeit regen sich allerdings vermehrt Befürchtungen, diese Annahme könnte auch mehr Wunsch als Denken, also gewissermaßen Wunschdenken sein.

Ein Indiz für diese Betrachtungsweise stellt möglicherweise das rastlose Bemühen der deutschen und europäischen Legislative und Judikative, Gesetzgebung und Rechtsprechung, dar. So sind sie doch bemüht, der umtriebigen Geister, deren Sitz in eben diesem Organ verortet wird, Herr zu werden.

Zivilisatorische Errungenschaften wie die Initiative TNI (Trusted News Initiative), der „Digital Service Act“ (DAS abgekürzt) oder das „Demokratie-förderungsgesetz“ sind eindrucksvolle Beispiele für politische Bemühungen, einen andauernden Wildwuchs organischer Materials oberhalb unserer Sprach-/Riech und Blickwerkzeuge einzudämmen.

Das geschieht in einem demokratischen Rechtsstaat mit einem Grundgesetz natürlich nur unter Achtung und Beachtung des Letzteren.

Dies wiederum führt direkt zu einem Blick auf Art. 5 GG, welcher sich redlich müht, die Freiheit der Meinung und deren Kundgabe, also der Äußerungen unseres höchsten Organs, zu beschützen.



Immer häufiger geraten diese Anstrengungen, die Gemeinschaft der redlich Denkenden vor solchen freigesetzten Hirnprodukten in Schutz(haft) zu nehmen, an die verfassungsrechtlichen Grenzen, welche das GG in Art. 5 aufstellt.

Einen Lösungsansatz könnte hier eben dieses GG selbst bieten, was auf den ersten Blick gar nicht so leicht erkennbar wird.

Art.15 GG sieht nämlich vor, neben Grund und

Boden etc. auch Produktionsmittel einer Vergesellschaftung zuzuführen, sofern dies im weiteren Sinne im Interesse eben dieser Gemeinschaft (redlich Denkender) ist.

Sofern man nun in der weitgehend entkörperlichten digitalen Welt unter „Produktionsmitteln“ eben dieses Organ subsumieren möchte, dessen Produkt eben diese gefährlichen und dem wohligen Gemeinschaftsgefühl abträglichen sogenannten „freien Meinungsäußerungen“

wären, käme man dem gewünschten Ergebnis mit legalen Mitteln näher.

Jedes Mittel zur Manipulation, von öffentlich-rechtlichen Medien angefangen bis zu den sogenannten „Leistungen unserer Gesetzgebung“, wäre dann genau betrachtet doch eher ein Mittel zur Umsetzung der verfassungsrechtlich nicht zu beanstandenden Vergesellschaftung eben dieses Produktionsmittels, genannt Gehirn.

Bleibe noch zu klären: die Frage der grundgesetzlich dann vorgeschriebenen Entschädigung des ursprünglichen Eigentümers dieses Produktionsmittels.

Setzt man jedoch, was ebenso verfassungsrechtlich unbedenklich sein dürfte, den sogenannten *gemeinen*, also einfachen, Wert der hergestellten Produkte (alias Meinung) an, so liegt die Lösung quasi auf der Hand.

Sind nämlich diese Meinungen und schlimmstenfalls sogar deren Verbreitung wertlos, so lässt sich dieses Vorhaben elegant umsetzen ohne jede finanzielle Belastung des durch wichtigere Projekte ohnehin überstrapazierten Staatshaushalts.

Na, dann, worauf warten wir? Wenden wir doch einfach geltendes (Grund)Recht an.

Autor: Sarkastikus a.d. 2024

Zum Online-Artikel: <https://tinyurl.com/2y2fw3no>



DIE TEILUNG DER WELT UND DER GESELLSCHAFT IN GUT UND BÖSE

Teil 2 (Teil 1 können Sie hier online nachlesen: <https://is.gd/UZZFNT>)



Bild: Envato Elements

Dissoziale Persönlichkeitsstörungen in der Führungselite

Dass führende Politiker und Journalisten an den Lügen- und Hetzkampagnen teilnehmen, zeugt von der Verkommenheit in der politischen und medialen Szene. Es hat den Anschein, als hätten wir es in vielen Bereichen mit ideologisch verwirrten Fanatikern, Irren und Verbrechern zu tun, deren höchste Instanz aus Washington die westliche Welt im Zangengriff hält. Dabei sind nicht nur Krieg und Not in der Welt, sondern auch die Problemlösungen. Aber sie werden nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn umgesetzt. Es scheint so, als würde die Menschheit von Psychopathen in den Abgrund getrieben. Und die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit hält still.

Zu befürchten ist, dass nicht wenige der führenden Persönlichkeiten in Politik, Wirtschaft und Journalismus unter einer „dissozialen Persönlichkeitsstörung“ leiden, auch „antisoziale Persönlichkeitsstörung“ (APS) genannt, eine psychische Erkrankung. Kennzeichnend dafür ist insbesondere eine mangelnde Empathie sowie Gefühlskälte anderen gegenüber und weitgehendes Fehlen von sozialer Verantwortung und Gewissen. Der Begriff wird im medizinischen Diagnoseklassifikationssystem ICD folgendermaßen beschrieben: „Eine Persönlichkeitsstörung, die durch eine Missachtung sozialer Verpflichtungen und herzloses Unbeteiligtsein an Gefühlen für andere gekennzeichnet ist. Zwischen dem Verhalten und den herrschenden sozialen Normen besteht eine erhebliche Diskrepanz. ... Es besteht eine geringe

Frustrationstoleranz und eine niedrige Schwelle für aggressives, auch gewalttätiges Verhalten, eine Neigung, andere zu beschuldigen oder vordergründige Rationalisierungen für das Verhalten anzubieten...“.

Hinzu kommt, dass die US-amerikanische Gesellschaft in weiten Teilen und bis in den Kongress hinein religiös-fundamentalistisch fanatisiert ist. Bis in die Gegenwart ist hier die Wahlverwandtschaft zwischen Puritanismus und Kapitalismus, eine „ökonomische Prädestinationslehre“ (wen Gott liebt, den lässt er reich werden) tief verwurzelt. Darüber hinaus sind viele der Hardliner offensichtlich der Ansicht, dass alles, was den USA nützt, letztlich der ganzen Welt zugutekommt, woraus sich ihr Anspruch auf globale Vorherrschaft ergibt.

Diese Politik führte auch Präsident Obama rigoros unter Missachtung der Regeln des internationalen Rechts weltweit fort. In seiner Rede vor der US-Militärakademie Westpoint am 28. Mai 2014 sagte er unter anderem: „Von Europa bis Asien sind wir der Dreh- und Angel-punkt aller Allianzen, unübertroffen in der Geschichte der Nationen ... So sind und bleiben die Vereinigten Staaten die einzige unverzichtbare Nation“ [the one indispensable nation]. Friedman hat also nur das ausgesprochen, was seit jeher die Politik der US-Regierung bestimmt.

Die USA wollen mit aller Macht ihren durch nichts begründeten Anspruch auf globale Herrschaft durchsetzen, selbst wenn es dabei zum großen Krieg kommt. Diese Hybris geht von den Neokonservativen in Washington mit den dortigen Finanz- und Wirtschaftseliten sowie der Rüstungsindustrie und ihrer Gallionsfigur Joseph Biden aus, der fast alle Konflikte und Kriege der letzten Jahrzehnte mitzuverantworten hat. Er wirkt zwar senil, aber er ist immer noch in der Lage, Deutschland zur bedingungslosen Unterstützung der Ukraine zu verpflichten, zur Teilnahme an einem Abnutzungskrieg, von dem die USA wirtschaftlich profitieren.

2014 sagte Biden in einer Rede, die USA beabsichtigten, Russland zu ruinieren und Präsident Obama habe die führenden europäischen Politiker sozusagen genötigt, dabei mitzumachen. Diesseits des Atlantiks wird Deutschland als Speerspitze gegen Russland eingesetzt, jenseits des Pazifiks stehen Japan und Südkorea als Vorhut gegen China. Das ist seit Längerem geplant: Die USA wollen ihre Kriege mit fremden Soldaten auf fremdem Territorium führen. Dabei beschreiten Vasallen wie Deutschland einen höchst problematischen Weg. Was geschieht, wenn die USA die Konfrontation mit

China auf die Spitze treiben? Werden deutsche Soldaten dann unter Berufung auf einen NATO-Bündnisfall in einem Krieg mit China eingesetzt? Und welche Folgen hat es, dass sich die geopolitische Tektonik durch die aggressive Politik der USA insgesamt verändert? Wenn sich die deutsche Regierung weiter derart unreflektiert auf Washington einlässt und die USA abstürzen – was ja nicht völlig auszuschließen ist –, dann wird Deutschland mit untergehen. Auch das scheint der Berliner Politikerkaste nicht klar zu sein.

Die Charta der Vereinten Nationen scheint nur noch eine geschichtliche Erinnerung zu sein.

Von den großartigen Verpflichtungen der UN-Charta für den Weltfrieden ist ebenso wenig übriggeblieben wie von den Vereinbarungen des Nordatlantikvertrages, weshalb die Forderung, Deutschland möge aus der NATO austreten, überaus berechtigt ist. Auch mehren sich die Stimmen, die eine von den USA unabhängige Politik für Deutschland fordern, nachdem deutlich geworden ist, dass die USA eine Langzeitstrategie verfolgen, die nicht den deutschen, aber auch nicht den europäischen Interessen dient, im Gegenteil.

Was den Europäern als „Partner“ der Vereinigten Staaten aufgebürdet wird, ist einem Interview zu entnehmen, in dem 2007 der Viersternegeneral Wesley Clark, zeitweise Oberbefehlshaber der NATO, rückblickend sagte, dass seinerzeit schon die Bush-Administration den Krieg gegen sieben Länder geplant habe. Das waren außer Afghanistan der Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und letztlich noch der Iran. Es gab also schon unmittelbar nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 einen Plan für Regimewechsel und Kriege im Nahen Osten und in Afrika. Hinzu kamen Einflussnahmen auf südamerikanische und ost-europäische Länder.

Das ist bis heute die Strategie der USA, die dadurch in permanente Konflikte mit Russland und China geraten. Anstatt die NATO 1991 nach der Auflösung des Warschauer Pakts ebenfalls aufzulösen, und zwar zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitsbündnisses einschließlich Russlands, wurde das transatlantische Militärbündnis immer mehr zu einem Aggressionsinstrument entwickelt. Die aktuellen Konflikte und Kriege sind nicht durch Zufall entstanden, sie sind von gewissenlosen Psychopathen – anders kann man sie wohl nicht nennen – in Politik, Wirtschaft und Militär ge-

plant worden. Neben Kriegshandlungen sind ökonomische Sanktionen zu einer Waffe für die Durchsetzung der globalen Vorherrschaft geworden.

Das Völkerrecht außer Kraft

Die weitaus große Mehrheit der Bevölkerung nimmt das alles widerspruchslos hin. Die inzwischen seit mehreren Jahren erfolgte Indoktrinierung hat gewirkt. Es hat den Anschein, als seien sehr viele Menschen durch den von der Regierung ausgeübten Corona-Terror geradezu paralysiert. Und nach der geschürten Angst vor einer Corona-Infektion kam die Angst vor dem Krieg. Bekanntlich kann Angsterzeugung ein Mittel zur Reglementierung der Bevölkerung sein, die sich in Ausnahmesituationen selbst einer drastischen Beschneidung der Bürgerrechte unterwirft – wie sich gezeigt hat.

Abgesehen von der akuten atomaren Bedrohung sind die Folgen der von den USA provozierten Auseinandersetzung gravierend. Russland hat schon länger damit begonnen, sich vom Westen abzukoppeln, neue Wege mit neuen Partnern zu gehen und sich gegen die Aggressionspolitik der USA zur Wehr zu setzen. Damit ist Russland nicht allein. Mehr als die Hälfte der Menschheit will sich die Zumutungen und die Unterdrückung durch die USA nicht mehr gefallen lassen. So ist zu registrieren, dass die BRICS-Organisation und die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit immer mehr Zulauf erhalten. Der Übergang von einer monopolaren zu einer multilateralen Weltordnung hat schon lange begonnen.

Unter anderem ist die Herrschaft des Dollar als Weltleitwährung in Frage gestellt, was allerdings weitere, hoch gefährliche Auseinandersetzungen nach sich zieht. Denn die USA werden sich nicht ohne Gegenwehr in den Bankrott treiben lassen. Sie verfügen über die größte Militärmacht der Welt, und das ist bei allem zu berücksichtigen, was künftig in den Bemühungen um eine friedlichere Welt unternommen wird. Aktuell stehen sich zwei Atommächte in einem Stellvertreterkrieg gegenüber, der jede Minute ausufern kann. Damit uns das erspart bleibt, müssen wir alles tun, was in unseren Kräften steht.

Gastautor: Dr. jur. Wolfgang Bittner

zum Online-Artikel inkl. allen Quellen: <https://tinyurl.com/285cycm8>



ÜBERDENKEN DER NATO ALS ANGEBLICHES VERTEIDIGUNGSBÜNDNIS

Russland hat sich bis 2022 trotz neunfacher NATO-Osterweiterung und sonstiger Provokationen wie dem gelungenen Maidan-Putsch 2014 und dem misslungenen Putsch 2020 in Weißrussland ruhig verhalten. Putin suchte noch Ende 2021 das Gespräch mit dem Westen, und verlangte Sicherheitsgarantien bezüglich der Neutralität der Ukraine. Er forderte die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine, sowie das Selbstverwaltungsrecht der Gebiete Donezk und Lugansk. Zu diesem Zweck legte Russland den USA und der NATO bei einem Treffen am 15. Dezember 2021 in Moskau einen Vertragsentwurf zwischen den USA und Russland über gegenseitige Sicherheitsgarantien, sowie eine entsprechende Übereinkunft zwischen der Russischen Föderation und dem Nordatlantikpakt vor. Es war ein Entwurf, der zweifelsfrei der NATO zu viel abverlangt hätte. Aber so ist das am Anfang jeder Verhandlung: Jede Partei geht mit übersteigernden Vorstellungen an den Tisch, und dann wird ausgehandelt, und sich auf einen Kompromiss geeinigt. Ein Vertragsentwurf ist lediglich eine Ausgangsbasis.

Die USA und die NATO wiesen das Gesprächsangebot und den Vertragsentwurf – offenbar ohne nähere Prüfung – damals zurück. Stattdessen wurde auf der Münchner Sicherheitskonferenz vom 18. bis 20. Februar 2022 – also sechs Tage vor der russischen Invasion – die Rhetorik gegen Russland noch verschärft, nicht zuletzt durch den ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj, der eine atomare Bewaffnung seines Landes forderte. Die NATO alias USA wollten diesen Krieg in meinen Augen. Meine damalige negative Einschätzung bekräftigte sich noch durch die ge-

scheiterten Verhandlungen in Istanbul. Der Krieg hätte bereits Ende März 2022 beigelegt werden können, wenn die USA das gewollt hätten.

Die Frage stellt sich, wer hier der Aggressor ist. Putin hat eine rote Linie überschritten mit dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Die NATO bzw. USA unter Obama haben eine rote Linie überschritten mit dem von ihnen inszenierten Maidanputsch 2014, und auch schon vorher durch die NATO-Osterweiterungen. Die Kiewer Regierung hat eine rote Linie überschritten mit dem Beschuss – mehr als 14.000 Tote –, dem Abschneiden von der Lebensmittelversorgung, sowie der finanziellen Isolation der Ostukraine seit 2014. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass Selenskyj bei seinem Wahlkampf 2019 die angestrebte Autonomie der Ostukraine in Ordnung fand. Das war jedoch nicht im Sinne der USA – und damit der NATO, der Armee der Vereinigten Staaten –, die letztendlich diese für die russlandnahe Ostukraine und Russland unhaltbare Situation aufrechterhalten wollte, um Russland letztendlich zu militärischen Handlungen zu zwingen.

Der amtierende US-Präsident Joe Biden sagte bereits 1997 zur geplanten Russlandprovokation durch die NATO:

„Das einzige was eine russische Reaktion hervorrufen könnte, wäre die Erweiterung der NATO bis zu den baltischen Staaten.“

Und genau das geschah dann auch. Aber Russland hat bei dieser und den vielen folgenden Provokationen stillgehalten. Wäre es um gekehrt

gewesen, und Russland hätte die USA in diesem Ausmaß provoziert, wäre es schon längst zu einem weiteren Weltkrieg gekommen, und ich könnte diese Zeilen unter Umständen gar nicht mehr schreiben.



Bild: Envato Elements

Fazit: Die NATO ist der eigentliche Aggressor, nicht Russland. Nicht, wer den ersten Schritt macht sollte als Aggressor bezeichnet werden, sondern der, der zu diesem Schritt zwingt. Und das ist die NATO bzw. die USA und ihre militärischen Kolonien.

Kann die NATO in Anbetracht der Geschehnisse der letzten Jahrzehnte noch als Verteidigungsbündnis bezeichnet werden? Viele deuten die NATO bereits als Angriffsbündnis. Entscheidungen wie die zuletzt getroffenen bezüglich des Einsatzes von NATO-Waffen auf russischem Boden untermauern diese Sichtweise.

Russland will keinen Krieg mit Europa. Die USA dagegen hätten als lachender Dritter gegen einen Krieg zwischen Europa und Russland meines Erachtens nichts einzuwenden.

Die von den USA angeführte kollektive Denk-

und Vorgehensweise der NATO sollte überdacht und entsprechend reformiert werden. Auch über einen Austritt aus der NATO kann zumindest nachgedacht werden, wenn sie ihre bellizistischen Aktivitäten nicht einstellt

Gastautor: Uwe Froschauer, Dipl.-Betriebswirt, Unternehmensberater und Autor, München

Anm. d. Red.: Zum Artikel und zu weiteren Hintergrundinfos über Uwe Froschauer hier: <https://tinyurl.com/26gxa96l>



An die Verteiler

Liebe Verteiler der Zeitung „KLARTEXT“. Bitte beachtet, wenn Ihr die Zeitungen in Briefkästen werft, die Aufkleber auf den Briefkästen. Dabei gilt folgendes: Briefkästen ohne Hinweisaufkleber: Dort dürft Ihr die Zeitung ohne Probleme einwerfen. Briefkästen mit Hinweisaufkleber „Keine Werbung einwerfen“: Auch hier dürft Ihr gerne die Zeitung einwerfen, weil unsere Zeitung keine Werbung ist. Nur wenn auf den Briefkästen steht „Bitte Keine Werbung und keine Zeitungen/redaktionellen Produkte einwerfen“, dann werft die Zeitung dort bitte nicht ein.

Danke!

Leserbrief:

DIE EREIGNISSE DER WELT TREIBEN MICH SEHR UMHHER



Bild: Envato elements

Krieg in Europa, Krisen in der Welt, Orientierungslosigkeit, Linksruck in ein sozialistisches Staatswesen, Bedrohungen durch unangemessene Maßnahmen, Krankenhaussterben, Inflation, Deindustrialisierung, Spaltung der Gesellschaft, Überwachung durch immer mehr Staatsmacht, instrumentalisierte Behörden zur Bekämpfung und Vernichtung von Oppositionen, Verlust der Freiheitsrechte, Zensur, Planwirtschaft und viele weitere besorgniserregende Vorkommnisse bedeuten nichts Gutes.

Wir brauchen dringend groß angelegte Kampagnen, die sich der derzeitigen Missständen und akuten Gefahren annehmen.

Die drei wichtigsten Angelegenheiten, die jetzt dringend bearbeitet werden müssen:

1. **Frieden und Sicherheit**
2. **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**
3. **Freiheit und Selbstbestimmung**

Die Kampagnen sollen die Menschen dafür sensibilisieren, die Gefahren zu erkennen, die sich uns schleichend nähern und teilweise schon betreffen.

1. Frieden und Sicherheit

Durch das Vorhaben, in Deutschland in Wiesbaden bis 2026 eine amerikanische Station aufzubauen, von der aus der Krieg bzw. die Abwehr im Krieg von Ukraine und Russland organisiert werden soll, besteht die große Gefahr für Deutschland, noch mehr zum Kriegsteilnehmer dieses Konfliktes zu werden.

Auch eine Wehrpflicht, die wir zwar zur Landesverteidigung gutheißen, muss heute eindeutig abgelehnt werden, solange die Gefahr besteht, dass sich die Wehrpflichtigen an diesem

Krieg beteiligen müssten und als Kanonenfutter verheizt werden würden.

Deshalb muss es Kampagnen geben, die sich für Frieden und für Verhandlungen aussprechen und einsetzen.

2. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Die Demokratie des Westens, der BRD ist gefährdet. Demokratie bedeutet wörtlich, dass alle Macht vom Volke ausgeht. Das Volk, also die Staatsbürger sind der Souverän. Sie wählen sich auf bestimmte Zeit Vertreter, die die Interessen der Mehrheit der Bürger vertreten und dafür Gesetze und Verordnungen erstellen und pflegen, die das friedliche Zusammenleben der Menschen innerhalb der Nation und außerhalb zu den Nachbarländern garantieren.

Wir stehen für die Verteidigung der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung (FDGO) und dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger auf der Matte und wollen den Ruin des Landes und der Transformation zur sozialistischen Republik nach Vorbild der DDR oder anderer Fail-States vermeiden.

Wir müssen aktiv und massiv endlich wieder selbst definieren, was Demokratie wirklich bedeutet, wie der Rechtsstaat funktioniert und warum das Grundgesetz die Bürger vor einer übergriffigen, faschistoiden Regierung beschützt.

Wir müssen aufzeigen, woran wir merken, dass die führenden Politiker mit ihren vermeintlichen Maßnahmen zum Schutze der Demokratie damit genau das Gegenteil fördern. Den Abbau von Demokratie und Rechtsstaat. Die Spaltung der Gesellschaft. Eine Förderung von Ungerechtigkeit und Bedrohungen.

Der Rechtsstaat begründet sich in einer klaren Rechtsprechung, der Gewaltenteilung, unabhängiger Justiz und Gerichtsbarkeit, einem Föderalismus, einer Opposition, dem Parlament und dem Recht der Bürger zur Demonstration mit Versammlungs- Meinungs- und Aufenthaltsfreiheit.

3. Freiheit und Selbstbestimmung

Die FDGO, unser Grundgesetz, garantiert den Bürgern die Freiheitsrechte, sich frei zu äußern, zu bewegen, zu entwickeln, zu informieren, sich den Beruf auszusuchen, die Wohnung und Privatsphäre zu schützen, freie, unabhängige Forschung und Lehre und das Eigentum zu schützen.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die größtmögliche Selbstbestimmung wird angestrebt, und jeder ist vor dem Gesetz gleichberechtigt, egal, woher er stammt, welche Hautfarbe, Ethnie, Religion, sexuelle Orientierung, Weltanschauung der Mensch auch hat.

Dieses Gesetz ist die Antwort auf die Erfahrungen einer faschistischen Diktatur und Herrschaft des Unrechts. Es ist das Schutzrecht der Bürger gegenüber einem übergriffigen Staat.

Der politische Kampf hat sich verändert. Es geht nicht mehr nur um Meinungen, feine Differenzierungen oder den richtigen Weg zum gemeinsamen Ziel, den die Parteien miteinander in Debatten, Diskussionen und in Ausschüssen besprechen und darüber demokratisch abstimmen, welches das Richtige zum Wohle des Staates und des Volkes ist.

Die Positionen sind teilweise diametral entgegengesetzt und derart verhärtet, dass sich die Parteien nicht mehr als institutioneller Teil des Rechtsstaats und der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung sehen und gegenseitig respektieren, sondern sich vielmehr als Feinde gegenüberstehen, die sich gnadenlos und bis aufs Blut bekämpfen.

So sehe ich den inneren, wie auch den äußeren Frieden in Deutschland und Europa – ja weltweit – als stark gefährdet an.

Statt Einigkeit, Recht und Freiheit zu leben und darüber zu wachen, wird die Bevölkerung gegeneinander aufgehetzt und gespalten in vermeintlich gute und rechtschaffene Bürger und soge-

nannte Staatsfeinde, die Extremisten von rechts, die den Rechtsstaat und die Demokratie mit einer Diktatur ersetzen und angeblich eine NSDAP wieder zum Leben erwecken wollen.

Dabei geht die derzeitige Staatsführung mit sehr großen Schritten in einen sozialistischen Staat, zu einem Linksstaat, dem die Struktur der ehemaligen Deutsch Demokratischen Republik immer näherkommt.

Das bedeutet den Abbau von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, echter Demokratie, Wohlstand, Sicherheit und inneren wie äußeren Frieden.

Mit massiver, medialer Staatspropaganda wird die Gesellschaft indoktriniert.

Ständige Bedrohung mit Terror, Krankheit, Extremismus, Massenimmigration, Deindustrialisierung, Enteignung, Ermächtigung und Verbote verunsichern die Menschen und verunmöglichen ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in diesem Land.

Ich rufe dazu auf, dass alle vernünftigen, freiheits- und friedensliebenden Menschen auf die Straße gehen und für den Frieden, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die Freiheitsrechte der Menschen demonstrieren.

Kampagnen mit Forderungen, Aufklärung und Information zur Wirklichkeit müssen erfolgen. Diese Aufforderungen müssen friedlich, nachhaltig, aber auch wirksam erfolgen. Lasst uns zusammenstehen und dafür werben und kämpfen: Für ein friedliches, freies und glückliches Leben.

Meldet Euch bei mir, wenn Ihr Interesse habt, mitzuwirken, sich einzusetzen zum Wohle unseres Landes und unseren Menschen darin.

Christian Demmel,
Bezirksrat, Kreisrat, Stadtrat

Zum Online-Artikel:
<https://tinyurl.com/26gpo4wp>



DER DUAL FLUID REAKTOR FÜR DIE KERNENERGIE DER ZUKUNFT

Bereits am 15.03.2011, also 4 Tage nach dem Erdbeben an der Ostküste Japans, verkündete Merkel die Aussetzung der noch im Jahr 2010 beschlossenen Laufzeitverlängerung für die 17 deutschen Atomkraftwerke, die zu den sichersten der Welt gehörten. Diese für die deutsche Energiewirtschaft extrem kostspielige Entscheidung traf sie nach der Einberufung einer Ethikkommission, an der folgende Expertengruppen teilnahmen: 4 Geo- und Umweltwissenschaftler, 3 Soziologen und Politologen, 3 Kirchenvertreter, 2 Philosophen und Wirtschaftswissenschaftler, 1 Gewerkschaftler, 1 Industrievertreter, 0 Ver-

treter aus der Energiewirtschaft oder Kraftwerkstechnik, 0 Physiker und Kernphysiker. Der geschätzte volkswirtschaftliche Schaden des verfrühten Ausstiegs aus der Kernenergie, der auch die Weiterentwicklung der Kernertechnologien in Deutschland beendet, liegt bei rd. 500 Mrd. €. Die Kosten des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren sind hier nicht mitgerechnet und kämen noch dazu!

Die Entwicklung von „schnellen Reaktoren“ wäre jedoch zwingend notwendig, um das enorme Energiepotential im „Atommüll“ Deutsch-

lands nutzen zu können. In den 60 Jahren der Nutzung der Kernenergie in Deutschland wurden rd. 16.000 t an abgebrannten Kernbrennstäben – die noch zu 95 % spaltbare Urane und Transurane enthalten – und weitere rd. 100.000 t Uran-238 bei der Anreicherung angehäuft. Dieses Material würde ausreichen, um bei vollständiger Spaltung beim heutigen Strombedarf Deutschland über 1.100 Jahre zu 100 % mit Strom aus Kernenergie zu versorgen. Stattdessen soll dieses radioaktive Material in Endlager gebracht werden, wo es für viele Millionen Jahre eine Gefahr für die Umwelt darstellen wird.

Das Konzept des DFR ist eine Erfindung deutscher Ingenieure am Institut für Festkörper-Kernphysik in Berlin (IFK) in Zusammenarbeit mit der TU München, die durch eine hocheffiziente energetische Nutzung eine vollständige Reduktion der radioaktiven Kraftwerksrückstände absolut sicher auf kleinstem Raum ermöglichen könnte.

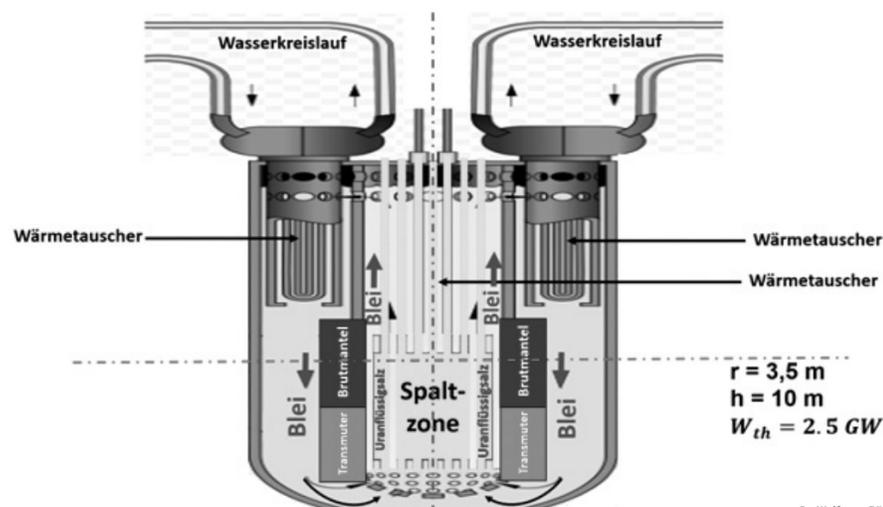
Bereits am 07.06.2013 gewann das Konzept des Dual Fluid Reaktors (DFR) bei einem Onlinevoting einen Umweltpreis, was jedoch von der Expertenjury von GreenTec Awards ignoriert wurde. Dagegen hat das IFK geklagt und per Beschluss vom 04.07.2013 des Kammergerichts Berlin Recht bekommen. Seit dieser Zeit wird am IFK an der Entwicklung des DFR intensiv gearbeitet, zunächst in Hochleistungsrechnersimulationen und später experimentell in der von den deutschen Erfindern gegründeten Firma Dual Fluid Energy Inc. in Kanada, weil die Regie-

rungsparteien in Deutschland die experimentelle Forschung und Entwicklung zu neuen Kernenergietechnologien verhindern. Da sich der Bau eines Demonstrators für den DFR sowohl in Deutschland als auch in Kanada wegen der zu strikten Regulierungen und aus politischen Gründen zu schwierig gestaltet, hat die Firma in 2023 einen Vertrag mit einem außereuropäischen Institut in Afrika geschlossen, um den Testreaktor zu bauen. Das deutsche Know-How geht somit an internationale Hände verloren.

Kernkraft ist eine der saubersten und zuverlässigsten Energiequellen dieser Welt. International werden im Rahmen des Generation IV Programms neue schnelle Reaktoren unterschiedlicher Typen entwickelt, geplant und gebaut. Der deutsche DFR basiert jedoch auf dem bei Weitem effizientesten und sichersten Reaktorkonzept der Zukunft. Die wenig umsichtigen Regierungsparteien haben einmal mehr Deutschland in einer weltweit führenden Spitzentechnologie auf null herunter gebremst und mit dem DFR eine weitere hoch innovative Technologie international verschenkt.

Gastautor, Dr. Wolfgang Pöschl,
diplomierter Physiker und Mathematiker

Weitere Informationen
zur Technik des Dual Fluid Reaktors
können sie hier nachlesen:
<https://tinyurl.com/23bss6g8>



ALTKANZLER SCHRÖDER IM KREUZFEUER DER ANTIDEMOKRATEN



Bild: Freepik-Collage

Zurzeit erlebe ich das, was für mich unvorstellbar schien. In Corona Zeiten, die Aussetzung demokratischer Grundrechte und aktuell eine Verarmung der Bevölkerung, was man Monat für Monat im Geldbeutel spüren kann.

Und dazu kommt aus meiner Sicht, als i-Tüpfelchen, der üble Umgang mit Altkanzler Schröder, der ganz klar sagt: "Es sind heute die gleichen Medien, die mich attackieren, welche von mir den Eintritt an der Seite der USA in den Irakkrieg forderten, rechtswidrig ohne UN Mandat". Allein eine Freundschaft und gute persönliche Kontakte zu Russland und Präsident Putin, die für Deutschland bisher förderlich waren, reichen aus um gegen Schröder vorzugehen.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik werden einem Altkanzler gewährte Privilegien aberkannt. Privilegien, die jedem Kanzler der Bundesrepublik, der das Ende seiner Amtszeit erlebte zugestanden wurden. Die EU setzt Schröder auf die Sanktionsliste. Sein Privatvermögen steht zur Disposition.

Droht dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban jetzt ein ähnliches Schicksal, weil er sich für Frieden und ein Miteinander der Völker einsetzt -, und auch ins persönliche Gespräch mit Präsident Putin und Präsident Xi Jinping geht? Es scheint so das auch seine Friedensbemühungen massiv bekämpft werden. Verhandlungen über Frieden scheinen der EU sehr ungeliebt. Der Umkehrschluss liegt nahe ...

Ein ungeheurer Vorgang der Antidemokraten in der SPD, der Bunderegierung und EU. Ein Ex Bundespräsident Gauck verlangt vom Bürger, man könne für den Frieden auch mal frieren, wenn es um die Ukraine geht und es gibt keinen medialen Aufschrei. Im nächsten Jahr bei zu erwartender Lebensmittelknappheit heißt es dann, wir können für den Frieden auch mal hungern. Wie pervers sind Politiker, die vom Steuerzahler leben wie die Made im Speck, keine Not kennen, dem Bürger Enthaltsamkeit und Einschränkungen predigen.

Wenn das mal keine wirklich spätrömische Dekadenz ist

Regionalredaktion von KLARTEXT Hohenlohe

Zum Online-Artikel:
<https://tinyurl.com/22bhyc8h>



BITTE UM UNTERSTÜTZUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

KLARTEXT ist eine parteiunabhängige Bürgerzeitung, die sich zum Ziel setzt, Hintergrundinformationen zu liefern. Wir wollen damit einen Beitrag zur Aufklärung der Bevölkerung leisten und damit genau die Lücke füllen, welche Parteien und deren Medienapparate allzu oft unausgefüllt lassen.

Die Zeitung arbeitet zu 100 % ehrenamtlich. Das bezieht sich auf alle Beiträge, Lektorat, Redaktion, Aufbau und Erhalt der IT-Landschaft sowie die Verteilung durch viele fleißige Menschen. Herausgeber und Redakteure haben sich auch gegen integrierte Werbung entschieden. (Wenn Sie wissen wollen, nach welchen Werten wir zusammenarbeiten und wachsen dürfen, lesen sie sich gerne unser LEITBILD links unten durch.)

Aber Papier, Druck und Transport müssen finanziert werden. Die hohe und auch stetig wachsende Auflage erfordert Kapitalbedarf.

Deshalb wendet sich KLARTEXT Oberbayern an Sie, mit der Bitte um Unterstützung. Nur so kann das Projekt bleiben und weiterwachsen. Da wir kein Verein sind, dürfen wir keine Spenden entgegennehmen und somit auch keine Spendenquittungen ausstellen. Es darf also lediglich eine „Schenkung ohne Gegenleistung“ sein. Wer unsere ehrenamtliche Arbeit unterstützen kann und mag, der darf diese Bankverbindung nutzen, welche wir bewusst nicht in D erstellt haben:

BASISTREFF AG
COMPANY LIMITED BY GUARANTEE
IBAN: BE44 9676 8257 7545
Swift/BIC: TRWIBEB1XXX
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung

Für Ihre Unterstützung bedanken sich herzlich der Herausgeber und die Redaktion von **KLARTEXT Oberbayern**

PS.: Natürlich werden auch weiterhin Menschen gesucht, die bei der Verteilung in ihrer eigenen Nachbarschaft unterstützen. Bitte hier bei uns melden:
redaktion@klartext-oberbayern.de

Unsere Bürgerzeitung kann auch online eingesehen werden, unter www.klartext-oberbayern.de



Bild: Envato elements

Leitbild KLARTEXT - Bürgerzeitung für Oberbayern

KLARTEXT ist eine Zeitung, deren Ziel es ist, Menschen mit Informationen und auch mit Provokationen zu erreichen, um sie zum Nachdenken und Hineinfühlen zu bewegen. Unser Stil bewegt sich deshalb zwischen informierend und provozierend.

KLARTEXT richtet sich vornehmlich an Menschen, die die vielen Hintergründe der Geschehnisse in Deutschland und der Welt noch nicht kennen, aber intuitiv spüren, dass in vielen Bereichen etwas gewaltig schief läuft und in den Leitmedien darüber falsch oder nur lückenhaft informiert wird. Beispiele dafür sind Corona, die Impfung, der Ukraine-Krieg, die Inflation und die Wirtschaftskrise, die Energiekrise, die Klimasituation und viele mehr.

KLARTEXT ist eine Bürgerzeitung. Das heißt, sie wird von Menschen erstellt, die nicht beruflich als Journalisten arbeiten und die uns ihre Zeit und Expertise ehrenamtlich zur Verfügung stellen, ob als Herausgeber, Autor, Korrekturleser oder Verteiler.

KLARTEXT verpflichtet sich zur authentischen, offenen und möglichst faktenbasierten Berichterstattung und Kommunikation. Sollte uns ein Fehler unterlaufen, melden Sie sich bitte bei uns, wir korrigieren diesen gerne.

Bei KLARTEXT steht die Menschenwürde an oberster Stelle, sowie das Grundgesetz und die darin enthaltenen Rechte. Wir erkennen alle Menschen als gleichwertig an und grenzen niemanden aus.

Bei KLARTEXT werden keine Entscheidungen auf der Basis von Macht gefällt: Weder eines Einzelnen, durch formelle Hierarchie, noch durch Mehrheitsentscheidungen. Die Abstimmung schwieriger Entscheidungen erfolgt mit Hilfe des systemischen Konsensierens. Bei Unstimmig-

keiten gehen wir immer den Weg der Mediation. Für die Arbeit und vor allem die internen Prozesse gelten für KLARTEXT folgende Werte und Prinzipien:



UNSERE WERTE

Wertschätzung: - Erkenne Gutes und sprich darüber

Ehrlichkeit: - Mache weder Dir noch anderen etwas vor

Authentizität: - Sei ganz Du selbst und stehe dazu

Keine Bewertung: - Die Dinge sind nicht gut, nicht schlecht, nicht richtig nicht falsch - sie sind wie sie sind

Lösungsorientierung: - Wenn Du etwas zu kritisieren hast, bringe die Lösung

Geduld: - Wenn es schwierig wird, nimm Dir Zeit

UNSERE PRINZIPIEN

Prozess vor Ergebnis: Die Qualität des Prozesses entscheidet über die Qualität des Ergebnisses

Beziehung vor Inhalt: Wenn es Schwierigkeiten gibt wegen eines vermeintlichen Inhalts, kläre zuerst die Beziehung zu deinem Gegenüber.

FRIEDENSLAND DEUTSCHLAND

Ein Datum und ein Ort für Deinen Kalender

Prien am Chiemsee

03.10.2024



Prien am Chiemsee

03.10.2024

Im Herzen Europas liegt unser Deutschland. Seine Lage ist wie geschaffen um zu produzieren, zu handeln und zu vermitteln. Geschichte und Lage machen uns deutlich, dass Deutschland im Frieden gedeiht und im Kriege nur verliert.

FRIEDEN IST UNSER OBERSTES NATIONALES INTERESSE.

Wir kommen am Tag der deutschen Einheit und am Geburtsort des Grundgesetzes zusammen. Wir wollen nicht nur an seine Werte und das Friedensgebot erinnern. Wir wollen unsere Heimatliebe zum Ausdruck bringen und sie mit dem Frieden verbinden.

DENN DIE LIEBE ZUR HEIMAT UND DIE LIEBE ZUM FRIEDEN SIND WIE ZWEI INEINANDER GREIFENDE HÄNDE.

Unsere Wurzeln geben uns Halt. Unsere Geschichte bietet uns Gelegenheit zu lernen. Es ist Zeit zu zeigen was wir, die wir unsere Heimat lieben, für unser Land wollen. Nur im Frieden soll und kann unser Deutschland zu Freiheit und Wohlstand finden.

Unsere Versammlung:
Wir versammeln um 15 Uhr am Wendelsteinpark. Wir ziehen von dort zum Hafen und halten bei den Scheren eine Kundgebung ab.

Es ist unser Nationalfeiertag. Wir freuen uns über festliche Kleidung. Ganz so wie ein jeder es für sich als festlich empfindet.

Hier geht es zu unserem Telegram-Kanal:
https://t.me/Friedensland_Deutschland

Zum Online-Artikel:
<https://tinyurl.com/2bu23nzd>



FRIEDENSFESTIVAL

01.09.2024 MARIENPLATZ München 14:00 Uhr SONNTAG

A N T I K R I E G S T A G

Uwe Steinle
Jens Fischer Rodrian
Klax More
Dieter Hallervorden
Guido de Gyrich
Alexa Rodrian
Bustek & Lapaz
Aon & Morgain
Patrik Baab
Nina Maleika
Kayvan South-Slavash
Ulrike Guérout
Paul Brandenburg
Gabriele Gysi
Diether Dehm
Jens Berger

RADIO MÜNCHEN | MANGO

WEITERE KUNDGEBUNGSTERMINE FINDEN SIE UNTER:

t.me/Demotermine, www.nichtohneuns.de, t.me/muenchenstehtauf

Impressum / Redaktion:

H.-M. Müller, D. Hüther, C. Krause, S. Hertweck, S. Semmler, Ch. Barth, A. Schulz, Stefan Kohwanger, Alexandra Motschmann, Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund Lengfelder
Grafik, Layout: K. Fornoff

Herausgeber: Stefan Kohwanger,
c/o autorenglück.de, Franz-Mehring-Str. 15,
D-01237 Dresden

Auflage: 24.000+ / Erscheinungsweise: offen

Haftungsausschluss:
Die veröffentlichten Artikel (Stand August 2024) zielen nicht darauf ab, medizinische oder juristische Beratung zu sein oder zu ersetzen.
Alle Angaben ohne Gewähr.

Mail: redaktion@klartext-oberbayern.de
Web: www.klartext-oberbayern.de
Telegram: t.me/klartext_oberbayern
Twitter: twitter.com/KlartextOBB